

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 147.

Sonnabend, den 27. Juni 1914.

21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Pothoff — Kieker — Böttger.

Die politische Orientierung der Privatangestellten steht gegenwärtig im Zeichen der Enttäuschungen. Dem Liberalismus, auf den doch noch viele von ihnen ihre Hoffnungen setzen, gefällt es neuerdings, sich in das Organisationsleben der Angestellten einzumischen und ihnen Vorschriften über die von ihren Vereinen zu beobachtende Politik und Taktik zu machen. Das ist allerdings durchaus kein Fehler, sondern im Interesse der weiteren Entwicklung aufs freudigste zu begrüßen. Denn um diese Einmischung aufzuföhren, kann der Liberalismus nicht umhin, Farbe zu bekennen und zu gewissen Fragen der Angestelltenbewegung Stellung zu nehmen.

Bisher hat man das wohlweislich vermieden. Zwar ließ man keine Gelegenheit vorübergehen, um den Privatbeamten im Namen des Liberalismus irgend welche Liebenswürdigkeiten zu sagen. In den Parlamenten, bei der praktischen Gesetzgebungsarbeit hat man sich allerdings niemals geniert, die angeblichen sozialen Grundzüge jedesmal rechtzeitig hinter einem stets bereitgehaltenen Schwall von Zweckmäßigkeitsbegründungen zu verbergen, wenn die Erfüllung von Angestelltenforderungen zur Diskussion stand. Aber das hat die Herren nicht abgehalten, jeden Kongress und jede größere Versammlung von Handlungsgehilfen oder Technikern zu besuchen und die leicht begeisterte Menge mit unverbindlichen Redensarten der starken Sympathien und des nimmer versiegenden Wohlwollens der liberalen Parteien zu versichern. Das half dann jedesmal Enttäuschungen zu vergessen und neue Hoffnungen wachzurufen — bis die nächste Enttäuschung wieder alle Träume zunichte machte.

In diesem Wechselspiel von Hoffnungen und Enttäuschungen, von Versprechungen und offenem Verrat vollzieht sich nun schon seit Jahren die politische Orientierung eines großen Teiles der Privatbeamten. Eine wachsende Zahl von Einsichtigen hat daraus vernünftigerweise die Konsequenz gezogen, diesen Organisationen der Unzuverlässigkeit und der Heuchelei den Rücken zu kehren und sich der Sozialdemokratie zuzuwenden. Aber es gibt immer noch eine Menge Leichtgläubiger, ewig in der Hoffnung lebender Seelen, die sich der besseren Erkenntnis hartnäckig verschließen und sich einbilden, durch ihre persönliche Mitarbeit den Liberalismus erfolgreich „sozialisieren“ zu können. Ihr Handeln gleicht jenem Esel, der da meinte, durch gütliches Zureden aus einem Löwen einen lammtrommen Vegetarier machen zu können. Als ob Parteien, die doch nichts anderes als die politische Vertretung des Kapitalismus darstellen, durch die Einwirkung einiger verlaufener Privatangestellten in ihr Gegenteil verkehrt und zur Wahrnehmung sozialer Interessen befähigt werden könnten!

Es war klar, daß dieser Widerspruch mit der Zeit zu gewissen Reibungen und Gegenjahren innerhalb des Liberalismus führen mußte. Solange die Angestellten bumm genug waren, sich lediglich als Stimmvieh zur Verfügung zu stellen, ohne auf greifbare Gegenleistungen in Form sozialpolitischer Schutzgesetze sonderlichen Wert zu legen, mochte es wohl gehen. Als sie jedoch, durch das häufige Versagen und durch den nur zu berechtigten Spott ihrer sozialdemokratischen Kollegen aufgestachelt, begannen, ihre Wünsche energischer geltend zu machen oder sich gar über die Nichterfüllung berechtigter Forderungen zu beschweren, wurden sie sofort als lästige Mahner empfunden und maßgebende Personen waren unvorsichtig genug, diesem Unwillen offen Ausdruck zu verleihen. Wer von den Privatangestellten diesen Zusammenhang und diese Wirkungen noch nicht erkannt hat, braucht nur die Vorgänge der allerjüngsten Zeit etwas kritischer zu betrachten und die Worte gewisser liberaler Führer über die Angestellten und ihre wirtschaftlichen Organisationen auf ihre innere Uebereinstimmung hin zu prüfen.

Da war zunächst Herr Dr. Pothoff, der Vertreter des linken Flügels in der Fortschrittlichen Volkspartei, der plötzlich das Bedürfnis hatte, die Privatangestellten wegen ihres zunehmenden Radikalismus zu schelten und ihnen die Organisationsmethoden wirtschaftsfriedlicher Harmonieverbände als leuchtendes Vorbild hinzustellen. Das ist für viele „liberale“ Angestellte eine große Enttäuschung gewesen. Denn Pothoff war, nachdem Naumanns Stern verbläht war, die größte Hoffnung, war sozusagen ihr Paraderpferd und dieser Mann, dieser Vorkämpfer für das soziale Recht, dieser Hansdampf in allen Gassen der bürgerlichen Angestelltenbewegung ergreift plötzlich gegen die wirtschaftlichen Organisationen Partei und vertritt feindselig Anschauungen, die von jedem Gelben als die einzigen angeprochen werden können. Das hat natür-

lich ganz bestimmte Gründe, und diese Gründe können in nichts anderem gefunden werden als in dem natürlichen Zwiespalt, in den jede liberale Partei gerät, wenn sie sich einmal nicht für die Interessen des Kapitals, sondern für die der Arbeit einsetzen soll. Daher rührt dann jedesmal das alberne Geschrei über den schädlichen Radikalismus und die unerfüllbaren Forderungen. Daß sich auch Pothoff an diesen Klagen beteiligt, ist zwar neu, bedeutet in Wirklichkeit aber doch nichts anderes, als daß auch dieser radikale Schönredner die sozialpolitische Ohnmacht des Liberalismus erkannt hat und in seiner Verlegenheit nichts Besseres zu tun weiß, als den Angestellten zu einer bescheideneren Taktik zu raten. Das ist die heuchlerische Weisheit aller unentwegten Liberalen: Anstatt den Angestellten ehrlich einzugehen, daß für die Vertretung ihrer Klasseninteressen im Liberalismus kein Raum ist, verkehren sie den umgekehrten Satz, daß die Politik ihrer Berufsvereine zu radikal sei, und suchen sie zur Preisgabe ihrer wohlverwogenen Forderungen und Grundzüge zu bewegen!

Unter diesem Gesichtspunkt ist kein Unterschied zwischen Pothoff und Kieker. Auch der Präsident des Sanjabundes verwirft „nur“ die radikalen Angestelltenverbände; gegen die alten Harmonieverbände mit ihrer wirtschaftsfriedlichen Taktik hat er nichts einzuwenden. Im Gegenteil, diese „gemäßigten“ Organisationen, wie er sich ausdrückt, sind ihm sehr willkommen und werden von ihm besonders liebevoll behandelt, weil er nur so seinen Zweck erreichen und den beabsichtigten Druck auf die Politik der „radikalen“ Verbände ausüben kann. Wie sehr er damit im Sinne aller Liberalen handelt, konnte gar nicht besser illustriert werden als durch den Jubelschrei, den einer der ärgsten Scharfmacher im Lager der Nationalliberalen, Dr. Hugo Böttger, im „Tag“ über die jüngsten Auslassungen Kiekers ausgoß. Damit hat das Tatsachenmaterial für die politische Orientierung der Privatangestellten eine begrüßenswerte Vervollständigung erfahren. Die verlogene Kieker-Taktik auf der einen Seite von dem „sozialliberalen“ Dr. Pothoff, auf der anderen von dem reaktionären und koalitionsfeindlichen Dr. Böttger bekämpft also, der gesamte Liberalismus von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten gegen jede unterschiedene Angestelltenpolitik, gegen alle Organisationen, die die Wahrnehmung der Angestellteninteressen wirklich ernsthaft betreiben!

Damit sind die Angestellten, soweit sie bisher noch liberal waren, vor eine Entscheidung gestellt. Entweder sie bleiben liberal; dann müssen sie sich der Kieker-Taktik unterwerfen und dem gewerkschaftlichen Organisationsgedanken Ballet jagen, oder aber sie bleiben ihren gewerkschaftlichen Idealen treu, dann müssen sie ehrlicherweise dem Liberalismus den Laufpaß geben.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Eine neue Flottenvorlage.

Von angeblich glaubwürdiger Seite wird einer Zentrums-Korrespondenz mitgeteilt, daß dergleichen in den beteiligten Reichs-Resorts Vorbereitungen zu einer neuen Flottenvorlage gepflogen werden. Das Reichsmarineamt sei schon mit seinen Entwürfen fertig; jetzt handele es sich darum, die Zustimmung des Kaisers zu erhalten, die auf der Kieler Woche erfolgen soll.

Die Zentrums-Korrespondenz bemerkt hierzu: „Dann darf das Reichschakamt sich den Kopf zerbrechen, woher es die Gelder nimmt. Ob der Bundesrat von einer solchen Vorlage sehr erfreut sein wird, angesichts des Fehlbetrages von 150 Millionen Mark beim Wehrbeitrag? Ob der neue Kriegsminister nicht auch noch einige „Rücken“ entdeckt, wenn sein Kollege von der See die Küstungen verläßt? Wir warten alles in Ruhe ab; wir wissen auch, daß das übliche Dementi einer nicht orientierten Stelle kommen wird, aber im kommenden Winter wird sich zeigen, wer recht hat. Uns genügt es, jetzt schon auf diese Pläne hingewiesen zu haben, damit die Steuerzahler beizeiten sich einrichten können.“

Die Zentrums-Korrespondenz sollte mit ihrer Kritik vorsichtiger sein. Wir werden es wieder erleben, daß das Zentrum wie bisher bei der neuen Flotten- oder Heeresvorlage zunächst etwas Opposition treiben wird, um dann die Steuerzahler um so sicherer einzuheizen zu können. Das Zentrum wird also nach den bisher gemachten Erfahrungen die neue Flottenvorlage bewilligen; um so energischer muß das arbeitende Volk gegen eine neue Belastung Protest erheben.

### Großgrundbesitz und Mittelstand.

Dieser Tage fand in der niederschlesischen Stadt Sauer der Verbandstag der selbständigen Müller statt. In den

Debatten wurde lebhaft Klage über die deutsche Zollpolitik geführt und in einer Resolution ein völliges Verbot der Getreideausfuhr aus Deutschland verlangt. Es wurde weiter die Richtigkeit des Berichts der Schweidnitzer Handelskammer bestätigt, wonach die Sunker das gute Getreide an Frankreich und Rußland verkaufen, das dort teils zur Verproviantierung des Militärs und teils als Schwinefutter verwendet wird. Wird durch diese Praxis, bei der für den heimischen Verbrauch nur die minderwertigen Getreidesorten verarbeitet werden, die Mälerei schon schwer geschädigt, so tun die Agrarier in dieser Beziehung noch ein übriges. Der Bericht sagt hierzu folgendes:

„Bittere Klagen wurden geführt über die Konkurrenz, die dem Mälzergewerbe seitens des Großgrundbesitzes durch das gewerksmäßige Schrotten des Getreides gegen Bezahlung erwächst. Durch Anschluß an die elektrischen Überlandzentralen kämen die Landwirte in die Lage, aus dem Getreideschrotten ein Gewerbe zu machen und ihre günstige wirtschaftliche Lage — infolge guter Ernten, Getreidezölle usw. — gestatte ihnen, sich die nötigen Maschinen anzuschaffen. Eine Beschwerde der Hirschberger Mälzer-Innung beim Landrat blieb ohne Erfolg.“

Der Bund der Landwirte wird natürlich nach wie vor beteuern, daß er der beste Freund des Mittelstandes sei. Er wird es auch dann noch tun, wenn alle Welt weiß, daß er seinen agrarischen Mitgliedern durch seine „Elektrotechnische Abteilung“ und durch die Lieferung der für die Mälzerei nötigen Maschinen, Quetschen, Schrotmühlen etc. vollständige Nebenbetriebe einrichtet läßt, aber anfängt, eine planmäßige Vertriebskonzentration größten Stils vorzunehmen. Aber langsam dämmert auch im landwirtschaftlichen Mittelstand die Erkenntnis von der bedenklichen „Freundschaft“ der Sunker, und schließlich wird die sozialdemokratische Aufklärungsarbeit auch hier nicht ohne Erfolg bleiben.

### Jungliberale zur preussischen Wahlrechtsfrage.

In ihrer jüngsten Nummer veröffentlichten die in Köln erscheinenden „Jungliberalen Blätter“, das Organ des Reichsverbandes der nationalliberalen Jugend, einen Artikel zur preussischen Wahlrechtsfrage. Wer jetzt noch, so heißt es da, an eine Wahlreform der Regierung glaube, sei ein unverbesserlicher Optimist; die bisherige Taktik der Bescheidenheit habe sich als völlig verfehlt herausgestellt. Man strebe sogar dahin, die kleine Bergung, die sich für die unteren Volksschichten aus der Drittelung in den Wahlbezirken ergebe, zu beseitigen, mit welchem Hinweis sich freilich das jungliberale Blatt gegen die eigene Partei wendet, die sich gerade für diese Forderung ausgesprochen hat. Darauf heißt es:

„Es ist, als ob man an den maßgebenden Stellen mit Blindheit geschlagen ist und nicht begreift, was dem Wohle des Staates fromme, nicht einsieht, daß die Gewährung einer parlamentarischen Vertretung an die unteren Volksschichten, auch wenn sie zum großen Teil sozialdemokratisch wählen, eine Notwendigkeit ist, soll nicht der Groll über die völlige Nichtberücksichtigung ihrer Interessen und die Unmöglichkeit, sie an der geeigneten Stelle im Parlament zu vertreten, sich zum Schaden des Staatswohles in anderer Weise entladen. Es kann auch nicht ausbleiben, daß sich gerade der Kreise des neuen Mittelstandes eine immer schärfere Stimmung bemächtigt, weil sie ja sehen müßten, daß sie als preussische Staatsbürger nicht für voll angesehen werden.“

Der Artikel schließt mit dem Hinweis, daß keine „Sammlung“ der bürgerlichen Parteien, sondern nur die endliche Erfüllung der begründeten Wünsche des Volkes der Unzufriedenheit abhelfen. Schließlich wird den liberalen Parteien ins Gewissen geredet, nicht vor lauter Taktik ihre Anhänger aus den mittleren Volksschichten vor den Kopf zu stoßen. Man müsse sich jetzt darüber klar sein, daß in der Wahlrechtsfrage die Politik der Wähligung Schiffbruch gelitten und nur dazu gedient habe, auch die ermühten Ansprüche auf ein Nichts herunterzudrücken. Deshalb fordert der Verfasser einen organisierten Wahlrechtskampf der liberalen Parteien.

Das klingt fast wie ein Kampfruf. Aber er will bei den Jungliberalen nicht viel bejagen.

### Zu der jüngsten Landesverratsaffäre

wird gemeldet, daß außer dem Feldwebel Pohl und dem Kaufmann Kurt Kaul, der sich Dr. Blumenthal nannte, noch eine Person an der russischen Grenze in Ostpreußen verhaftet wurde. Pohl wurde in dem Moment verhaftet, in dem er seine Dienststelle mit gestohlenen Festungsplänen verließ. Die Verhafteten sollen geständig sein, Pläne einer östlichen Grenzfortifikation, die teilweise noch errichtet wird, bereits verschachert zu haben.



### Protest gegen den Gesetzentwurf über die Schulbildung.

Die Leipziger Handelskammer beschloß eine Eingabe an den Reichstag, in der der Reichstag aufgefordert wird, den Gesetzentwurf gegen die Gefährdung der Jugend durch Schauluststellung von Schriften abzulehnen, da die zurzeit bestehenden Vorschriften ausreichen. Das Gesetz würde, ohne seinen eigentlichen Zweck zu erfüllen, dem Buchhandel und dem graphischen Gewerbe großen Schaden zufügen, da nach ihm sogar Werke von hoher künstlerischer und literarischer Bedeutung „ungünstig“ auf die Jugend einwirken könnten.

### Steuerpolitik und Kapitalkonzentration.

Es ist schon oft darauf hingewiesen worden, daß die herrschende Steuerpolitik, insbesondere die Belastung bestimmter Berufsgruppen mit starken indirekten Steuern die Kapitalkonzentration begünstigt, d. h. zum Nutzen der Kleinen und zur Bereicherung der Großen beiträgt. Das zeigt sich besonders bei jeder Steuererhöhung in der Zigarrenindustrie. Es verschwinden immer eine Anzahl kleinerer und die kapitalkräftigen Großbetriebe werden mächtiger. Dieselbe Erscheinung zeigt sich jetzt bei der Zündholzfabrikation. In der „Bayerischen Staatszeitung“ liest man die folgende Zuschrift des „Vereins deutscher Feuerzweigsfabrikanten und Interessenten E. N. Berlin“:

„Daß es den Zündholzfabrikanten trotz der Einführung der Steuer nicht so schlecht geht, wie dies nach ihrer Propaganda für die Besteuerung der Feuerzeuge den Anschein haben möchte, dürfte aus dem Jahresbericht des auf diesem Gebiete ziemlich größten Unternehmens, und zwar der Aktiengesellschaft „Anton“, Vereinigte Zündholz- und Nischelabriken Augsburg, für 1913 entnommen werden können. Das Unternehmen hat in 1913 695 566 Mk. verdient gegenüber 514 131 Mk. in 1912 und konnte die von 1906 bis 1911 mit 9 Proz. ausgeschüttete Dividende im Jahre 1912 auf 10 Proz. und 1913 auf 12½ Proz. erhöhen. Im Jahre 1913 betrug der Vortrag 75 000 Mark, 1914 291 566 Mark. Ein gleich großes Unternehmen, die „Deutsche Zündholz-Aktiengesellschaft in Launenburg“ hat in 1913 den höchsten bisher überhaupt ausgewiesenen Geschäftsgewinn von 329 175 Mark erzielt. In den Jahren vor Einführung der Streichholzsteuer betrug der Gewinn annähernd 185 000 Mk. pro Jahr und nur dieses Jahr, in dem die Streichholzsteuer eingeführt wurde, weist infolge der damals vorgenommenen Vorverjüngung einen annähernd gleich großen Gewinn auf, und zwar in Höhe von 211 000 Mark.“

Also hier die gleiche Erscheinung: nach dem Inkrafttreten der Zündholzsteuer brachen eine ganze Anzahl kleinerer Unternehmen zusammen und die großen, die aus dem Zusammenbruch ihrer Konkurrenten noch Nutzen zogen, entwickelten sich trotz der Steuer so, daß die Dividende von Jahr zu Jahr steigen kann. Wenn die Steuererhöhung nur den Zweck gehabt hätte, die Kapitalkonzentration zu fördern, sie hätte nicht besser eingerichtet werden können. Dabei ist aber die Regierung wie die bürgerliche Mehrheit des Reichstages beileibe nicht mittelstandsfeindlich.

### Die Barreserven der Banken.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom Freitag macht nähere Ausführungen zu dem Verlangen der Reichsbank auf Erhöhung der Barreserven der deutschen Banken. Der Reichsbank-Präsident habe in einer Besprechung am 18. ds. Mts. zunächst den Berliner Großbanken empfohlen, die Deckung ihrer fremden Gelder durch den Barvorrat ausschließlich auf 10 Prozent zu verstärken. Später soll auch an die Provinzialbanken mit der nötigen Unterschiedlichkeit herangetreten werden. Für die Auffüllung dieser Barreserven werde ein Zeitraum von zwei Jahren für ausreichend erachtet. Die anzusammelnden Barreserven seien aber nicht als eigener Bestand gedacht, sondern sollten zur freien Verfügung der Banken stehen, die sie in künftigen Zeiten nach Möglichkeit auffüllen könnten, um in Zeiten der Anspannung davon Gebrauch zu machen.

Dann heißt es in dem Regierungsblatt weiter: „Die Reichsbank vertritt den Standpunkt, daß nicht länger damit gezögert werden darf, die von ihr als nötig erachtete Erhöhung der Barreserven der Kreditbanken (Kasse und Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken) zur Durchführung zu bringen, und daß die Zeitverhältnisse für diese Durchführung außerordentlich günstig liegen und sie ohne besondere Störungen für unser Wirtschaftsleben ermöglichen. Die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung Deutschlands ist in ruhigerer, durch die Abschwächung der industriellen Konjunktur und die größere Flüssigkeit am Geldmarkt gekennzeichnete Bahnen eingeleitet und beginnt einer größeren Liquidität unserer Volkswirtschaft die Wege zu ebnen. Ueberdies darf erwartet werden, daß nach der gewaltigen Expansion unserer großen Gewerbe auch die nächste Aufstiegsperiode nicht so große Kapitalinverzierungen fordern wird wie die vergangene. Ein weiteres Hinanschieben der zu ergreifenden Maßnahmen, deren Durchführung nur mit der gebotenen Eile innerhalb eines längeren Zeitraumes möglich sein wird, könnte leicht verhängnisvoll werden.“

### Ein nobles Stadtgeschenk für den bayerischen König.

Die Münchener Stadtverordneten bewilligten 18 000 Mark für ein Ehrengeschenk zum 70. Geburtstag des Königs. Die Sozialdemokraten stimmten dagegen. Die Fortschrittler hatten beantragt, statt des Ehrengeschenks Mittel für eine kulturelle Stiftung bewilligen zu wollen. Dieser Antrag wurde aber zurückgezogen, um die einstimmige Annahme des Magistratsantrags durch die bürgerlichen Parteien herbeizuführen.

### Das heilige Ordensgesetz angenommen.

Die Zweite heilige Kammer beendete am Freitag nach fünftägiger Dauer die Debatte über die Novelle zum Ordensgesetz. Der nationalliberale Antrag, alle Schatzfragen auszuscheiden, wurde abgelehnt. Angenommen wurde jedoch ein Antrag, nach dem die Verneinung von konfessionellen Krankenpflegeorden unter der Voraussetzung gestattet wird, daß die vorhandenen Anhalten und Einrichtungen nicht genügen. Die Niederlassung des Ordens der Benediktiner in Mainz wird gestattet. Das Gesetz wurde mit

33 gegen 18 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Sozialdemokraten, die Hälfte der Freisinnigen, einige Nationalliberale und Bauernbündler. In einer Resolution erklärte dann noch die Kammer, daß durch die Zustimmung zu den Ausschlußanträgen keinerlei Festlegung wie Stellungnahme zu dem neuen Schulgesetz erfolgt. Es werden insbesondere die Fragen der Aufhebung der Beschränkung der konfessionellen Schulen und der Privatunterrichtsanstalten, der Fortbildung der Lehrerinnen usw. nach keiner Richtung berührt und entschieden. — Weiter verlangte die Kammer von der Regierung, dem Landtage soll zu Beginn jedesmal eine Denkschrift über den Stand des Ordenswesens vorgelegt werden.

### Die Zweite badische Kammer

stimmte am Freitag dem Budget zu, dem bereits am Mittwoch die Finanzkommission ihre Zustimmung gegeben hatte. Die Sozialdemokraten stimmten ohne jede Fraktionsklärung dagegen. Auch dem parlamentarischen Abend beim Staatsminister v. Dusch bleiben unsere Genossen fern. Sie werden sich auch am Mittwoch an dem seierlichen Kammereschluß nicht beteiligen.

### Behördlicher Kampf gegen die „Volksfürsorge“.

In Baden führen die Verwaltungsbehörden den ihnen wahrscheinlich zur Pflicht gemachten Kleinkrieg gegen die „Volksfürsorge“ ganz preukisch. Das nachstehende vertrauliche Zirkular, das der „Freiburger Volkswacht“ auf den Redaktionsstisch slog, bestätigt dies. Es lautet: „Groß. Bezirksamt Willingen.

Nr. 18332.

Willingen, den 17. April 1914. An die Bürgermeister des Bezirks. Wir sehen einem alsbaldigen Bericht darüber entgegen, ob dortseits Wahrnehmungen gemacht wurden, oder sonst Anhaltspunkte dafür gegeben sind, daß die Volksfürsorge, Gewerkschafts-Genossenschafts-Verl.-A.-G. (Sitz Hamburg) im Bezirk Verbreitung findet, daß ihr insbesondere auch Staats- oder Gemeindebeamte als Versicherte angehören. J. N.: Schindeler.“

Das Rundschreiben datiert vom April; inzwischen hat längst die gefürchtete Volksfürsorge ihren segensreichen Einzug in den badischen Schwarzwald gehalten.

### Frankreich.

Wasser auf die Mühle unserer Rüstungstreiber. Bei der Beratung des Marinebudgets im französischen Senat führte der Berichterstatter Chauvignac aus, daß der Hauptgesichtspunkt für Frankreichs Marinepolitik der sei, um jeden Preis Frankreichs und seiner Verbündeten Herrschaft im Mittelmeer zu erhalten. Einerseits bedürfe Frankreich des ungehinderten Verkehrs mit Nordafrika und weiter abgelegenen Besitzungen, andererseits müsse Deutschland, wenn seine Küsten durch die russische und englische Flotte blockiert sein würden, daran verhindert werden, Rohstoffe und Lebensmittel über die italienischen und österreichischen Häfen zu beziehen. Wenn Deutschland so vom Meere abgeschnitten sein würde, so würde es einen langen Krieg nicht aushalten können. Der Berichterstatter warf die Frage auf, ob Frankreich eine entscheidende Überlegenheit über die vereinigten Flotten Italiens und Österreichs besitze, und beantwortete sie dahin, daß zurzeit die materiellen Kräfte auf beiden Seiten gleich seien, daß aber Frankreich eine zur Erringung des Sieges genügende Überlegenheit durch die Einheit des Kommandos und die einheitliche Friedensausbildung besitze. Um jedoch diese bloße Gleichheit der materiellen Kräfte aufrechtzuerhalten, brauche Frankreich vier neue Überdreadnoughts.

Herr Chauvignac kommt den deutschen Rüstungstreibern sehr gelegen. Da wird schon geraume Zeit gemunkelt und getuschelt von der Notwendigkeit einer Flottenverstärkung; aber der Plan war offenbar für die Öffentlichkeit noch nicht reif. Es fehlte zu seiner Begründung das Schlagwort. Herr Chauvignac hat es nun geliefert, und er verdient, dafür zum Ehrenmitglied des deutschen Flottenvereins ernannt zu werden.

### Albanien.

Zimmer verzweifelter gestaltet sich die Lage für den Mbret. Nach den neuesten Meldungen über Süd-Albanien steht die Sache des Fürsten dort überall sehr schlecht. 300 Gendarmen, die auf dem Marsche nach El Bassan begriffen waren, sind spurlos verschwunden.

Der albanische Gesandte in Wien, Srueya Bei, äußerte sich: Ich habe alle Hoffnung aufgegeben. Die Lage meines Vaterlandes ist verzweifelt. Ein Komitee erläßt einen Aufruf, in dem Oesterreicher und Deutsche aufgefordert werden, als Freiwillige nach Albanien zu gehen, um den Fürsten zu unterstützen.

Der deutsche Gesandte v. Lucius läßt für alle Fälle in Erwartung eines größeren Angriffs Schnellfeuerkanonen des Kriegsschiffes „Breslau“ in Durazzo landen.

Aus Durazzo wird unterm 26. Juni gemeldet: Heute setzten Aufrührer die christliche Ortschaft Malhuci in Brand. Man befürchtet Repressalien seitens der Makhjoren.

Der „Matin“ meldet aus Durazzo: Die Aufrührer sind bereits bei Valona und werfen die Regierungstruppen zurück; die Einnahme der Stadt ist stündlich zu erwarten. Die Königin von Rumänien hat an die Fürstin telegraphiert, sie möge ihre beiden Kinder nach Bukarest schicken. Der Fürst versucht Prem Bibboda zu veranlassen, neue Truppen zu sammeln, und hat durch einen Kurier einen Brief an ihn abgehandelt. Auf allen Plätzen, die die Rebellen bereits erobert haben, weht die türkische Fahne. Turhan Pascha forderte an, daß er beabsichtige, das Präsidium niederzuliegen.

Folgende für den Fürsten günstiger lautende aber nicht wahrnehmbare Nachricht veröffentlicht das Wiener Telegraphenbureau unterm 25. Juni, abends 9 Uhr: Die auswärts verbreitete Meldung, daß Prenk Bibboda gefangen genommen und gegen Ehrenwort freigelassen worden sei, ist aus der Luft gegriffen. In der vergangenen Nacht sowie im Laufe des Tages ereignete sich nichts Bemerkenswertes. Die Ausrodungen auf der

Empfängnisfläche und die übrigen Befestigungsarbeiten werden eifrig fortgesetzt. Der Waffenstillstand ist bis abends verlängert worden. Inzwischen laufen aus dem Süden fortwährend ungünstige, jedoch nicht genau kontrollierbare Nachrichten ein. So scheint sich der Fall Berats noch nicht zu bestätigen. Jedenfalls ist aber die Stadt und auch Tjerr gefährdet. Valona ist noch nicht bedroht. Ismael Kemal soll in Valona und in den südlichen Gebieten, wo er Einfluss besitzt, eifrig bemüht sein, ein Freiwilligenkorps zu sammeln, um den vorrückenden Aufständischen entgegenzutreten. Mit den Aufständischen fanden heute keine Verhandlungen statt. Die Lage ist allgemein ungeklärt. Heute traf der Bruder der Fürstin, Prinz Günther von Schönburg-Waldenburg hier ein. Für morgen früh wird ein allgemeiner Artillerie-Angriff geplant, und während die Stadtbatterien die feindlichen Stellungen am Raibul bombardieren, soll die „Herzegowina“ in der Richtung Kawaja bei Sasso Biaco beschossen.

### Gegen die Militärmißhandlungen. Zeugen heraus!

Der Aufruf an all diejenigen, die Erfahrungen über die traurigen Zustände in den Kasernen gemacht haben, uns ihre Adressen anzugeben, hat Erfolg gehabt. Trotzdem liegt es im Interesse der Sache, das reiche Material noch zu vervollständigen. Es gibt sicher viele, die meinen, sie brauchten sich der geringen Mühe, bei uns zu melden, nicht mehr zu unterziehen, da uns genug Fälle bekannt seien. Es ist aber wünschenswert, eine möglichst vollständige Sammlung zur Verfügung zu haben. Deshalb ist es dringend erforderlich, daß alle diejenigen, die Militärmißhandlungen erlitten oder von solchen sichere Kenntnis erlangt haben, sofort ihre Adresse uns zur Kenntnis bringen.

Es gilt den Kampf gegen den Militarismus bei jeder Gelegenheit im Parlament, und da es der Kriegsminister will, auch vor Gericht zu führen. Der Schlag, den die Reaktion gegen die Sozialdemokratie, die unermüdete Bekämpferin der Militärmißhandlungen, führen will, muß mit doppelter und dreifacher Wucht auf sie zurückfallen.

Deshalb tut Eure Pflicht und stellt uns Eure Erfahrungen zur Verfügung!

Zeugen wollen ihre Adressen direkt dem Verteidiger Dr. Kurt Rosenfeld, Berlin C. 2, An der Spandauerbrücke 1a einsenden.

Die Verhandlung gegen die Genossin Luxemburg findet am 29. Juni in Berlin statt.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, 27. Juni.

Die gelben Arbeiter-Organisationen erfuhren vor einigen Tagen in den angeblich liberalen „Lübecker Nachrichten“ eine Lobpreisung, die Bände dafür spricht, wie weit der hantelnde Liberalismus heruntergekommen ist. Nun ist es wohl nicht ganz uninteressant, zu erfahren, wie andere Liberale, in diesem Fall sogar ein Richter, über die Gelben denken. Amtsgerichtsrat Dr. Herz-Sarburg bespricht in der „Deutschen Industriebeamten-Zeitung“ die gewerkschaftlichen und wirtschaftsfriedlichen Organisationen. „Die Gewerkschaft“, so heißt es in dem Aufsatz, „hat die Gesellschaft vor wilden Streiks, vor dem anarcho-syndikalismus mit seiner Sabotage, ja vor dem revolutionären Ausbruch in Sklaverei unterdrückter Massen bewahrt, die nichts zu verlieren hatten, wie ihre Ketten; sie hat den Befreiungskampf des Proletariats in unblutige Bahnen gelenkt...“ Die Scharfmacher, namentlich in der Schwerindustrie, die selbst straff organisiert sind, aber die Organisationen der Arbeitnehmer nicht anerkennen wollen und nur mit „ihren Arbeitern“ nicht mit den Organisationen verhandeln wollen, werden über kurz oder lang sich daran gewöhnen müssen, daß sie nicht die alleinigen Herren sind, genau wie sich das Souveränitätsgefühl der Fürsten an die Volksvertretungen hat gewöhnen müssen...“ Die Unternehmer unterstützen die gelben Gewerkschaften etwa nicht aus „nationalen“ Gründen, sondern weil sie „wirtschaftsfriedlich“ sind, d. h. gemeinverständliches Deutsch überlegt, weil sie einen Stamm von Arbeitswilligen liefern, durch die bei Streiks der Betrieb aufrecht erhalten werden kann, ja, weil sie Lohnbewegungen von vornherein ausbleiblos machen können. Vorher waren sie auf die Komitatistischer angewiesen, die ihnen die professionellen Streikbrecheragenturen zu Preisen lieferten, die zum Werte der Ware in argem Mißverhältnis standen; jetzt haben sie gut ausgebildete Fremdenlegionäre zur Verfügung, die gegen die eigenen Brüder zu ziehen wollen.“ — Dieser Beurteilung der Gelben haben wir nichts hinzuzufügen; sie steht sehr vorteilhaft von der Beweiskörperung des Arbeitervereins in den Lübecker Nachrichten ab.

Wann ist das erhöhte Krankengeld (Unfallzuschuß) zu zahlen und wie ist das Krankengeld zu berechnen? Darüber wird von sachkundiger Seite geschrieben: Nach § 573 der Reichsversicherungsordnung soll das Krankengeld eines Unfallkranken vom Beginn der fünften Woche nach dem Unfall bis zum Ablauf der dreizehnten Woche mindestens zwei Drittel des Grundlohnes betragen, nach dem der Erkrankte Beiträge entrichtet hat. Erhält der Erkrankte gleichgültig aus einer anderen Versicherung Krankengeld, so ist entsprechend § 189 der Reichsversicherungsordnung das Krankengeld soweit zu kürzen, daß das gesamte Krankengeld des Versicherten den Durchschnittsbetrag seines täglichen Arbeitsverdienstes nicht übersteigt. Die Sachung kann die Kürzung ganz oder teilweise ausschließen. Beispiel: Ein Mitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse erleidet einen Betriebsunfall, an dessen Folgen es länger als vier Wochen erwerbsunfähig krank ist. Hat das Mitglied Beiträge in der Stufe V mit einem Grundlohn von 5,50 Mk. entrichtet, so beträgt das Krankengeld als Regelleistung der Kasse vom zweiten Tage bis zum Ablauf der vierten Woche die Hälfte vom Grundlohn, das ist ½ von 5,50 Mk. gleich 2,75 Mk. Vom Beginn der fünften Woche nach dem Unfall — das ist dem 29. Tage nach dem Unfall — ist das Krankengeld auf zwei Drittel des Grundlohnes von 5,50 Mk. gleich 3,66 Mk. zu erhöhen.



Da die Allgemeine Ortskrankenkasse in ihrer Satzung bestimmt, daß die Leistung der Kasse nicht gekürzt wird, wenn ein Versicherter gleichzeitig aus einer anderen Versicherung Krankengeld bezieht, so hat die Ortskrankenkasse einem Unfallverletzten das erhöhte Krankengeld (Regelleistung und Unfallzuschuß) in voller Höhe auszuzahlen, unbekümmert darum, ob der Unfallkranke gleichzeitig aus einer anderen Versicherung Krankengeld bezieht und ob das gesamte Krankengeld den Durchschnitt seines täglichen Arbeitsverdienstes übersteigt. Die Ortskrankenkasse geht mithin der Bezug von Krankengeld eines Erkrankten aus einer anderen Versicherung nichts an. Anders aber liegt die Sache bei den Krankenkassen, die die Kürtzung des Krankengeldes durch die Satzung nicht ausgeschlossen haben. Diese Kassen können, wenn der tägliche Durchschnittsverdienst eines Versicherten 5 Mk. beträgt und er über diesen Betrag hinaus Krankengeld bezieht, eine Kürtzung soweit vornehmen, daß das gesamte Krankengeld 5 Mk. pro Tag nicht übersteigt. Hervorgehoben soll hierbei noch werden, daß kein Versicherter anzugeben braucht, aus welcher Versicherung er neben dem Krankengeld seiner Krankenkasse noch Krankengeld erhält. Im § 190 der Reichsversicherungsordnung wird ausdrücklich die Frage nach dem Namen der anderen Versicherung als unstatthaft bezeichnet. Es genügt vollständig, wenn der Erkrankte den Betrag des Krankengeldes, den er zugleich aus einer anderen Versicherung erhält, angibt.

**Warnung.** Amtlich wird mitgeteilt: Die Firma „Transatlantische Rheumatische-Gesellschaft Kullak und Meyer“ in Berlin, Beuthstraße 10, vertreibt unter dem Namen „Papanate“ zu hohem Preise mit marktschreierischer Aufpreisungen einen aus geschnittenen Weiden eines Kletterfarns bestehenden Tee, der von den Herren „Fabricius“ und „Thamassa“ als Heilmittel gegen Gicht und Rheumatismus „entdeckt“ worden sein soll. Die Firma mißbraucht hierbei die Namen von Regierungsrat Professor Dr. Jude-nad und Dr. Griebel, Beamten der Staatlichen Nahrungs-mittel-Untersuchungsanstalt in Berlin, die sich niemals über den Tee günstig geäußert haben. Es ist bisher wissenschaftlich in keiner Weise erwiesen, daß dem Tee die von Kullak und Meyer behaupteten Heilwirkungen zukommen oder daß er überhaupt Stoffe enthalte, die als Heilmittel gegen Gicht und Rheumatismus angesehen werden könnten. Es ist vom wissenschaftlichen Standpunkt auch gar nicht anzunehmen, daß dem Tee derartige Heilwirkungen zukommen. Kranken kann daher nur dringend geraten werden, sich durch die Anpreisungen, insbesondere die Dankschreiben von Laien, nicht irreführen und von einer laienverständigen Behandlung abhalten zu lassen.

**Berchseinschränkung auf der Lübeck-Schlutupper Bahn.** Die Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft macht bekannt: Auf der Lübeck-Schlutupper Bahn werden vom 1. Juli d. Js. ab nur noch folgende Züge befördert: Lübeck 7.10, Westloe 8.10, Schlutup 8.17 vorm., Lübeck 2.03, Westloe 2.22, Schlutup 2.28 nachm., Schlutup 11.00, Westloe 11.07, Lübeck 11.36 vorm., Juli, August: Schlutup 6.25, Westloe 6.32, Lübeck 7.01 nachm., September: Schlutup 5.55, Westloe 6.02, Lübeck 6.31 nachmittags.

**Das Fährgeld für die Fähre bei den Kohlenplätzen und die Norderfähre in Travemünde** wird vom Polizeiamt wie folgt festgesetzt: Für die Ueberfahrt von Travemünde nach dem Briwall mit der Fähre bei den Kohlenplätzen oder mit der Norderfähre sind an Fährgeld zu zahlen: für einen Fußgänger 10 Pfg., für einen Radfahrer mit Rad 20 Pfg., für einen Schiebkarren oder Kinderwagen mit dem Führer 20 Pfg., für einzelne Kisten, Tonnen, Ballen oder Gepäckstücke die nicht von einer Person getragen werden, für jedes Stück 10 Pfg., für einen Hund 10 Pfg. Für die auf dem Schiebkarren bleibende Ladung ist kein Fährgeld zu entrichten. Die Ueberfahrt vom Briwall nach Travemünde ist frei. Personen, die die Fähre benutzen, um zu ihren Ländereien auf dem Briwall zu gelangen, haben die Hälfte des Fährgeldes zu entrichten. Der doppelte Betrag des Fährgeldes ist zu entrichten, wenn die Ueberfahrt während der Nachtzeit erfolgt. Als Nachtzeit gilt in den Monaten Mai bis September die Zeit zwischen 11 Uhr abends und 5 Uhr morgens, in den Monaten März, April, Oktober die Zeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens, in den übrigen Monaten die Zeit zwischen 7 Uhr abends und 7 Uhr morgens. Beamte im Dienst und Militärpersonen, sowie Kinder unter 4 Jahren sind vom Fährgeld befreit. Das Ueberfahren von Tieren jeglicher Art, ausgenommen von Hunden, ist verboten. — Uns scheint es sehr notwendig, daß mindestens für Arbeiter, die auf dem Briwall beschäftigt sind, eine Fahrpreisermäßigung eingeführt wird.

**Ein Flieger steuerte seinen Apparat** — anscheinend eine Kumpfer-Taube — gestern nachmittag kurz nach 5 Uhr über unsere Stadt und verschwand in nordöstlicher Richtung am Horizont, kehrte jedoch nach kurzer Zeit wieder zurück und fuhr Hamburg zu.

**b. Zweite Strafkammer** am 26. Juni. Ein Schmachtriemenler verkaufte und von dem Gewinn noch den armen Eltern abgeben mußte, da auch in deren Hause schmale Kost gereicht wurde. Als ihm noch ein kleiner Unfall passierte, verwendete er den einen Teil des Geldes für sich, mit dem andern wurde die Not der Eltern gestillt. Da er die veruntreuten 13 7/8 Mk. Warenschulden nicht bezahlen konnte, wurde er von der Frau, deren Knecht er mehrere Jahre war, vor Gericht geschleppt und gegen ihn 10 Tage Gefängnis beantragt. Das Gericht erkannte auf Freispruch, da die Grenze der Strafbarkeit von S. zwar hart berührt, aber noch auf der paragrafenlosen Seite gewandelt wurde. — Die zwei mal gestohlene Uhr. In der Herberge zu Gutin schloß ein graubärtiger Arbeiter im September v. J. auf dem Sofa seinen Kausch aus. Bei dieser Ruhepause wurde ihm die Taschenuhr gestohlen, die der Arbeiter J. in der Gastwirtschaft zum Kauf angeboten haben soll. Sie ging schließlich für 2 Mk., 4 Glas Bier und 4 Schmäpfe in andern Besitz über, doch wurde sie dem Erwerber in derselben Nacht wieder gestohlen. Während der zweite Dieb nicht erfindet werden konnte, wird der erste in der Person des Angeklagten J. vermutet, der gegenwärtig 2 Jahre Gefängnis verbüßt und bereits fünfmal, auch wegen ähnlicher Geschichten, verurteilt ist. Er wird von einem zeugnissgebenden Bauwrechner mit „scharfem Gedächtnis“, der die Vorgänge seit 20 Jahren her mit absoluter Genauigkeit noch erzählen kann, bestimmt wiedererkannt und auf diese Aussage hin zu einer sechsmonatigen Zusatzstrafe verurteilt. — Ein sehr schlechtes Zeugnis gab der Lehrer von Malente einer früheren Schülerin, die wegen Diebstahls angeklagt ist: Das 14jährige Mädchen öffnete mit falschem Schlüssel die Wohnung einer Mitbewohnerin und stahl dieser 2 Mark. Das Gericht nimmt wohl geistige Minderwertigkeit an, bejaht aber auch die Erkenntnis der Strafbarkeit, spricht gegen das Kind 3 Wochen Gefängnis aus und die Aussicht zur Befreiung in einer Zwangsanstalt. — Ein Brand auf dem Süßler Hof und seine Folgen für zwei junge Leute. Am 1. September 1912 brannte das Viehhäus des Hofbesizers Platze zu Süßel morgens 4 Uhr nieder, wobei ein Gebäudeschaden von 10 000 Mark entstand und für 6000 Mark Heu und Stroh in Flammen aufging.

Man nahm gleich zu Anfang Brandstiftung an, doch konnte der Täter nicht ermittelt werden, obwohl zwei Schweine-lehrlinge dringend verdächtig waren, darum zu wissen. Heute, nach fast zwei Jahren ist der jetzt 19jährige Schweine- wegen Brandstiftung angeklagt, ein Mensch mit ziemlich brei- stem Wesen, der bereits wegen anderer Verbrechen in Kiel in Untersuchungshaft silt. Er war damals als Lehrling tätig und erfreute sich nicht des besten Rufes. Insbesondere soll der junge Mann auch auf den Hofbesizer nicht gut zu sprechen gewesen sein, da ihn dieser wegen Mißhandlung eines Pferdes zur Rede stellte und in der Strafe nahm, weil er verschuldet haben soll, daß das Vieh auf fremden Aekern Schaden anrichtete. An dem fraglichen Morgen ging der Lehrling K. zuerst auf die Weide, ihm folgte etwa 6 Minuten später Sch. Als dieser den K. eingeholt hatte, machte sich ein eigenartiges Knistern bemerkbar. Auf die Frage K's, was das sei, antwortete Sch., er wisse es nicht. Im nächsten Augenblick schlugen die Flammen zum Dachstuhl heraus. K. fragte: „Hast Du das getan?“, worauf Sch. erwiderte: „Wie meinst Du das?“ Auf der sofortigen Umkehr zum Hofe verabredeten beide auszusagen, sie hätten zu gleicher Zeit das Haus verlassen. Diese Aussage beschwor K. bald nachher, um den Freund vor der Untersuchungshaft zu retten. Später trieb ihn das Gewissen, die falsche Aussage zu widerrufen, er bezichtigte sich selbst des Meineids und wurde unter Annahme mildernder Umstände von derselben Strafkammer zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt, das er gegenwärtig verbüßt. Sch., der wie gesagt in Untersuchung silt, erklärte bei wiederholter Vernehmung nach der Aburteilung K., er wolle die Tat eingestehen mit Rücksicht auf seinen Freund, getan habe er es aber nicht. Unterhalb Stunden darauf, als Sch. über die Beweggründe und die Art des Brandes befragt werden sollte, widerrief er das halbe Geständnis. Da niemand auf dem Hofe die jungen Leute gesehen hat, wollen sie sich nur auf die übereinstimmende Aussage geeinigt haben, um nicht unnötige Verdachtsgründe zu schaffen. K. will sich heute nicht mehr auf Einzelheiten besinnen können, auch nicht darauf, wer zuerst auf den Gedanken kam, das gemeinsame Begehen anzugeben. Die Anklage belastet Sch. auch mit der Anstiftung zum Meineid. Die Zeugen lassen sich in der Hauptsache gegen den guten Leumund des Angeklagten aus, denn sie mehr oder weniger die Tat zutruuen, ohne Beweise dafür zu erbringen. Es ist dies seit dem 18jährigen Besitz Platze das vierte Feuer auf dem Hofe, von denen keines zur Ursachegründung führte. Der Staatsanwalt hielt Sch. in beiden Punkten überführt und beantragte wegen Brandstiftung 2 1/2 Jahre Gefängnis, wegen Anstiftung zum Meineid 1 Jahr Gefängnis, zusammen 3 Jahre. Nach langer Beratung kam das Gericht zu einem Schuldigspruch wegen vorsätzlicher Brandstiftung. Die Aussage K. spreche dafür und das ganze Verhalten des Angeklagten. Es müßte ein merkwürdiger Zufall gewesen sein, wenn ein anderer in der kurzen Zeit den Brand verursacht hätte. Diese wenigen Minuten hätten zur Tat vollkommen genügt, der der Angeklagte fähig gehalten werde. Es sprach 2 Jahre Gefängnis aus und sprach ihn von der Anstiftung frei. Der Gegenstand wäre Sache des Schwurgerichts gewesen, wenn der Angeklagte bei Begehung der Tat 18 Jahre alt gewesen wäre.

**Statistische Aufnahme der Vorräte von Getreide und Erzeugnissen der Getreidemüllerei.** Nach einem Beschluß des Bundesrats soll am 1. Juli zum ersten Male eine statistische Aufnahme der in Deutschland vorhandenen Vorräte von Getreide und Erzeugnissen der Getreidemüllerei für menschliche und tierische Ernährung stattfinden. Der Zweck der Erhebung ist, sowohl die Menge der in der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli vorhandenen Nahrungs- und Futtermittel sowie die Art und Größe der Betriebe zu ermitteln, in denen solche Vorräte vorhanden sind. Die Aufnahme soll sich auf alle landwirtschaftlichen Betriebe mit 5 Hektar und mehr landwirtschaftlich benutzter Fläche sowie auf diejenigen Gewerbe-, Handels- und Verkehrsbetriebe erstrecken, in denen solche Vorräte zu vermuten sind. Die Ergebnisse werden nur für die Zwecke der amtlichen Statistik Verwendung finden. Jedes Eindringen in Einkommens- und Vermögensverhältnisse ist ausgeschlossen.

Die Erhebung erfolgt in der Hauptsache durch Ortslisten, deren Ausfüllung in der Stadt durch Beauftragte des Statistischen Amtes und sonst durch die Gemeindevorstände im Wege der Nachfrage zu geschehen hat. Größere Betriebe und Geschäfte haben jedoch ihre Angaben selber in Zahlkarten einzutragen.

Das Ausfüllen der Ortslisten und Zahlkarten hat am Mittwoch, dem 1. Juli, zu geschehen. Im Interesse einer glatten Durchführung der Aufnahme werden alle Geschäftsinhaber, die Getreide, Mehl, Grütze, Graupen, Gries usw. auf Lager haben, ersucht, die Menge ihrer Vorräte so rechtzeitig festzustellen, daß sie dieselben am Mittwoch angeben können. Wesentlich falsche Angaben werden mit Geldstrafe bis zu 200 Mark bestraft. Wer die verlangten Angaben verweigert, hat dieselbe Strafe zu gewärtigen.

**Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik.** Die Gewerkschaften laden zu einem am Donnerstag, dem 2. Juli, abends 8 Uhr, im großen Saal des Bürgervereins, Königstraße 25, stattfindenden vorbereitenden Vortrag für die Besucher der Ausstellung ein. — Alle Interessenten — auch Damen — sind willkommen.

**Schweinejagd.** Unter dem Schweinebestande des Gärtners Joh. Eggers, hier, Roisinger Allee Nr. 63, ist die Schweinejagd amtlich festgestellt worden.

**pb. Verhafteter Pferdodieb.** Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Wallendorf, der seinem früheren in Sawighorst bei Bergedorf wohnhaften Arbeitgeber ein Pferd aus dem Stalle gestohlen hatte, welches er bei einem hiesigen Pferdeshändler zu verkaufen suchte.

**Haustheater.** Wochenrepertoire: Morgen Sonntag findet das Benefiz des beliebten Heldentenor's Björnshold statt und zwar wird es in der komischen Poffe „Er und seine Schweister“ die seit langem vorbereiteten Gesangseinlagen bringen. Dienstag verabschiedet sich Herr Björnshold in derselben Vorstellung. Mittwoch: „Fuzbaron“. Donnerstag: „Die tolle Prinzessin“. Freitag: „Er und seine Schweister“ und Sonnabend die Aufführung des Schauspiel's von Hermann Fornaschon „Glauben“.

**Stadthallen-Sommertheater.** Man schreibt uns: Für Sonntag wird noch auf die Aufführung der entzückenden Operette „Der Zigeunerbaron“ besonders hingewiesen. Montag geht das interessante Lustspiel Friedrich des Großen „Die Schule der Welt“ in Szene. Dienstag wird der Schwanz „Müllers“, der an allen Bühnen wie auch hier einen glänzenden Erfolg zu verzeichnen hatte, wiederholt. Mittwoch: „Wiener Blut“, Operette von Joh. Strauß. Donnerstag: „Der Zigeunerbaron“. Freitag: „Die Schule der Welt“. Sonnabend: „Langosieber“, große Poffe von Urban und Hirsch.

**Schwartau.** Die Genossinnen beschlossen in ihrer letzten Versammlung, ihren diesjährigen Unterhaltungsabend am Sonntag, dem 25. Oktober ds. Js., im Lokale des Herrn Süße-Renfeld abzuhalten. Es mögen sich die Genossinnen, die gewillt sind mitzuwirken, am Freitag dem 3. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Hause der Genossin Carsten, Heinrichstraße in Renfeld, einfinden.

**Kiel.** Der verhaftete Lord. Lord Brassey, der sich zur Kieler Woche hier aufhält, war mit einem Ruderboot nach der neuen Mole der Kaiserlichen Werft hinübergefahren und machte hier einen Spaziergang. Dort wurde er von einem Schuhmann nach der Wache geführt; nachdem seine Personalien festgestellt worden waren, wurde er aufgefordert, die Werft zu verlassen. Der Kaiser hat sich beim Lord persönlich über den Vorgang erkundigt. In London hat diese Verhaftung Aufsehen erregt.

**Bremen.** Zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde am 30. Januar dieses Jahres der Musketier des Infanterie-Regiments Nr. 75 Hans Himpel vom dem Kriegsgericht in Lehe. Himpel hatte am 27. Dezember vorigen Jahres in der Filiale des Bäckermeisters Ahmels in Lehe dessen 75jährige Schwiegermutter, Witwe Büsing, überfallen, sie zu erwürgen versucht, um die Labenfasse zu plündern. Ahmels hatte den Täter damals überrascht, dieser entflohen und wurde dann am folgenden Tage in Bremerhaven festgenommen. Sowohl der Anklageerzähler als auch der Angeklagte hatten gegen das Urteil Berufung eingelegt. Das Oberkriegsgericht, das sich am Mittwoch in Lehe mit der Sache zu beschäftigen hatte, beließ es bei derselben Strafe.

**Bremen.** Der Fleischwucher steht gegenwärtig wohl in keiner Großstadt so in Blüte, wie im „liberal“ regierten Bremen. Trotz der Preise für Schlachtwiehe in der letzten Zeit ganz erheblich zurückgegangen sind, stehen die Kleinhandelspreise noch auf dem Stande der Vorerjahresjahre. Das zeigt recht deutlich eine Aufstellung des Statistischen Amtes. Hiernach wurde im April 1912 bezahlt für ein Kilo Rindfleisch (Braten) 2,32 Mk., Suppenfleisch 1,78 Mk., Schweinefleisch 1—1,48 Mk., Schweinefleisch (Karbonade) 1,92 Mk. Im April d. J. kosteten dieselben Fleischsorten Rindfleisch (Braten) 2,30 Mk., Suppenfleisch 1,86 Mk., Schweinefleisch 0,96—1,26 Mk., Schweinefleisch (Karbonade) 2,04 Mk. Dieses Mißverhältnis zwischen Vieh- und Fleischpreisen ist vor allem auf einen Kartellvertrag zurückzuführen, den die Bremer Schlachtermänner mit den Viehkommissionären abgeschlossen hat. Nach diesem Vertrage haben sich die Schlachter verpflichtet, nur bei den angehörsenen Kommissionären zu kaufen und bis zum Jahre 1920 keinen neuen Kommissionär zuzulassen, andererseits sind die Kommissionäre verpflichtet, an Außenleiter, Konsumvereine usw. kein Vieh zu verkaufen. Wiederholt haben sich unsere Genossen in der bremischen Bürgerschaft bemüht, dieser systematischen Bewucherung der Fleischkontinenten ein Ende zu machen, aber der Erfolg war bisher ein negativer. Seit drei Jahren steht die Frage des Viehvertrages auf der Tagesordnung der Schlachtoppdeputation. Nenerdings wurde der Deputation von dem Zentralverband der Schweinever-sicherungskassen für Bremen und Umgegend ein Denkfettel ausgestellt. Der Verband stimmte in einer Versammlung einer Resolution zu, wonach von der Deputation ein scharfer Bericht darüber erwartet wird, wie die den freien Handel unterbindenden und das Gemeinwohl schädigenden Mißstände am zweckmäßigsten zu beseitigen sind. Im übrigen wurde in dieser Versammlung auf die Tatsache verwiesen, daß die Preise für fette Schweine in Bremen seit längerer Zeit einen Tiefstand erreicht haben, wie er seit Jahren nicht zu verzeichnen gewesen ist. Am Donnerstag, dem 18. Juni, lauteten die Notierungen auf 48—56 Mk. pro 100 Pfund Schlachtgewicht. Man sieht, daß die Bremer Kontinenten alle Ursache haben, die Schlachtermänner auf die Finger zu klopfen.

### Letzte Nachrichten.

Durch Weisliche ermordet und aller Wertgegenstände beraubt wurde in Eisenach die achtzigjährige Witwe Kürschner in ihrer Wohnung aufgefunden. Als Täter kommt ein Schlaf-burische der Ermordeten in Frage.

**Fliegers Tod.** Freitag nachmittag stürzte in Wittsch ein Militärflieger beim Wiederabstieg nach einer Zwischenlandung aus 10 Meter Höhe ab. Der Führer konnte sich durch Abspringen retten. Der Beobachter Major Büchner vom Infanterieregiment Nr. 166 wurde getötet. — Freitag früh ist auf dem Flugplatz bei Weh der Fliegermeister Grunow vom dortigen Fliegerbataillon, der bereits zwei gelangene Flüge unternommen hatte, beim dritten Flug aus etwa 40 Meter Höhe abgestürzt und so schwer verletzt worden, daß er bald darauf starb.

**Ein Eisenbahnzug in einen Fluß gekürzt.** Infolge von Unterspülung durch einen über die Ufer getretenen Fluß entgleiste auf der Mineralwasserzweigbahn der Madifawshahn bei Tiflis (Kaukasus) ein von zwei Lokomotiven gezogener Eisenbahnzug. Eine Lokomotive fiel mit dem Tankwagen in den Fluß. Hierbei wurden drei Personen getötet, zwei lebensgefährlich und eine Person leicht verletzt. Drei Passagiere wurden von der Strömung mit fortgerissen.

**Erdbeben an Sumatra.** Ein heftiges Erdbeben richtete in Sumatra großen Schaden an. Alle Telegraphenlinien sind beschädigt. Ein Unterseekabel ist gebrochen. Viele Häuser, auch Regierungsgebäude sind eingestürzt. Zahlreiche Menschen fielen der Katastrophe zum Opfer. — Nach den vorliegenden amtlichen Meldungen aus Sumatra fand Donnerstag Nacht ein Erdbeben statt. In der Stadt Benoeelen wurden bisher elf Tote und mehrere Verwundete geborgen. Europäer sind nicht verletzt. Ihre Häuser sind zum größten Teil nicht bemerkt gewesen.

### Handels- und Marktnachrichten.

**Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 26. Juni.**  
Auftrieb 6200 Schweine. Markt langsam.  
Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenliegender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara:  
Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 52.— bis 53,00 (41,50 bis 42,50), mittlere schwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 52.— bis 53,00 (41,50 bis 42,50), Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 53,50 bis 54.— (41,50 bis 42.—), gute leichte Ware unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 53,50 bis 54,50 (42,50 bis 42,50), geringere Ware, Tara 24 Proz., 48.— bis 53.— (36,50 bis 40.—), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 46.— bis 47.— (37.— bis 37,50), Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 42.— bis 45.— (33.— bis 35.—) Mk.

**Hamburger Butterpreise.**  
Hamburg, den 26. Juni.  
1. Qualität . . . . . 112—116 Mk.  
2. Qualität . . . . . 100—105  
Fehlerhafte und ältere . . . . . 95—98  
Russisch-Sibirische 1. Qualität, verzollt . . . . . 108—110  
Russisch-Sibirische 2. Qualität, verzollt . . . . . 106—107  
Russisch-Sibirische 3. Qualität, verzollt . . . . . —

Verantwortlicher Redakteur: Paul Döwig.  
Verleger: L. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.



**Vorwerk.**

Galte allen Freunden und Bekannten mein

**Restaurant**

Bogenstrasse 7  
bestens empfohlen. (5109)  
10 Minuten v. Vorwerker Friedhof.  
5 Minuten nach der Haltestelle der  
Straßenbahn.

Friedr. Leeke.

5125) **Heute**  
Sonnabend, den 27. Juni:  
**Wiedereröffnung**  
meiner neu renovierten  
Restaurationsräume.  
H. Lexau, Böttcherstraße 18.

**Weisser Engel**

Jeden Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**  
2954) Bernh. Boldt.

**Wilhelm-Theater.**  
43) Jeden Sonntag:  
**Große Ballmusik.**

**Friedrich-Franz-Halle.**  
Morgen Sonntag:  
**Tanzkränzchen** Eintritt frei. 4187)

**Einseggel.**  
Jeden Sonntag:  
**Tanzkränzchen**  
8747) C. Köpcke.

**Adlershorst.** (41)  
Jeden Sonntag:  
**Tanzkränzchen**

**Zentral-Hallen**

Jeden Sonntag:  
**Tanzkränzchen.**  
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.

**Friedrichshof.**  
Jeden Sonntag:  
**Tanzkränzchen.** (4186)

**Bisitenarten** Fr. Meyer & Co.,  
H. Eisenbarten, 100 Stück von 1.00 Mk. an  
Johannesstraße 46.

**Preußische Lose**  
Ziehung 1. Klasse 10. und 11. Juli 1914

1/3	1/4	1/2	1/1
5.—	10.—	20.—	40.—

4684) sind bei mir zu haben.  
Lübeck, Breite Straße 67, I. **Otto,**  
Telephon 564. Königl. Lotterie-Einsamler.

**Betten-Duve** liefert bestens und billigst.  
45 Gr. Burgstr. 32.

**Ansichts-Karten**  
empfehl die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

**Hintze & Stech**  
Größte Möbelfabrik Lübecks  
empfehlen 47

**Wohnungseinrichtungen.**  
Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen  
gegen bar in der Fabrik:  
Moisinger Allee 60.

**Persil**  
wäscht und schont  
**Spitzenwäsche**

**Henkel's Bleich-Soda**



**Arbeiter-Turn-Verein Eichenkranz**  
Schwartau-Rensefeld.

Einladung zum  
**Sommer-Fest**  
bestehend in  
Konzert, Preisfächchen für Herren  
und Damen, Belustigungen und  
Schanturmen  
am Sonntag, dem 28. Juni  
im Lokale des Herrn Karl Mau,  
„Hotel Kronprinz“.  
Anfang des Turnens 8 Uhr,  
des Balles 7 Uhr. Ende 3 Uhr.  
Eintritt 1 Mk., eine Dame frei.  
Hierzu ladet freundlichst ein  
5107) Das Komitee.



**BALL**  
verbunden mit  
turnerischen Aufführungen  
am Sonntag, dem 28. Juni  
im Lokale des Herrn J. Rieck  
**Hansa-Halle**  
Fackenburg Allee 100-104.  
Ballanfang 5 Uhr. Ende morgens.  
Eintritt 50 Pf., eine Dame frei.  
Einzeln Dame 20 Pf., wofür  
Barberose.  
5117) Das Komitee.

5004 **Geschäfts-Verlegung.**  
Meiner werthen Kundschaft von Lübeck und Umgebung die ergebene  
Mitteilung, daß ich mein bisher Fischergrube 64 befindliches  
**Papier-Geschäft**  
mit dem heutigen Tage nach der **Johannisstraße 47**  
verlegt habe. Das bisher geschenkte Vertrauen bitte ich mir auch ferner  
erhalten zu wollen. Hochachtungsvoll  
**Heinrich Müller,**  
Papierhandlung, Buchbinderei, Werkstatt für Bildereinarbeitungen,  
Engros-Vertrieb für Lyngstarken und Schulstiftungen.

**Konzerthaus Fünfhausen.**  
Morgen Sonntag: **Großes Tanzkränzchen.** 5137

**Waisen-Hof** 45 **Tanz.** Sonnabend u. Sonntag  
**Neu-Lauerhof.** (5133)  
Morgen Sonntag:  
**Gr. Tanzmusik.**

**Treff- •**  
**Konzerthaus „Flora“.**  
Morgen Sonntag: **Großes Tanzkränzchen.**  
5132) Max Siems.

**Mittsommerfest**  
**Alkoholfreies Volks- u. Jugendfest**  
am Sonntag, dem 28. Juni 1914, nachmittags 3 Uhr  
auf dem Flugplatz Israelsdorfer Allee.  
5143

**Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“**  
Gau 4. Bezirk 2.

**Bezirksfest**  
am Sonntag, dem 28. Juni 1914  
in H. Siemers Gesellschaftshaus zu Moising.  
Rorjofahrt 3 Uhr nachmittags, Preisfächchen für Herren, Würfel für  
Damen und abends 10 Uhr Verlosung.  
Saalfahren von der Saalfahrergruppe Lübeck auf ihren Saalmaschinen.  
Eintritt für Mitglieder 30 Pf., für Nichtmitglieder 50 Pf.  
**BALL** 6 Uhr. (5110) Die Bezirksleitung.

**Buchdrucker-Verein in Lübeck.**  
**Graphische Liedertafel Lübeck.**  
Sonntag, den 28. Juni:

**Johannis-Fest**  
(Vokal- u. instrumentalkonzert, Herren- u. Damenvergügen,  
Kinderbelustigungen aller Art. Abends 8 Uhr: **BALL**)  
in der Brauerei zur Walkmühle.  
Anfang 4 Uhr (5111) Eintritt zum Garten frei.

**Lichtspiele — Bad Schwartau.**  
**Lichtgasse 14**  
Großes Kriminal-Drama in 3 Akten  
und das **grosse Programm.** (5108)

**Sektions-Versammlung**  
der  
**Kohlenarbeiter**  
am Montag, dem 29. Juni  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstr. 50-52.  
Tages-Ordnung:  
**Innere Verbandsangelegenheiten.**  
Zahlreiches Erscheinen der Kolle-  
gen erwartet  
5131) **Der Vorstand.**

**Internationale Ausstellung**  
für Buchgewerbe und Graphik  
Leipzig 1914.  
Zu einem am Donnerstag, dem  
2. Juli 1914, abends 8 Uhr,  
im Bürgerverein, Königstr. 25,  
stattfindenden vorbereitenden

**Vortrag**  
für die Besucher der Ausstellung  
laden wir alle Interessenten hies-  
durch ergebenst ein. Auch Damen  
sind willkommen. (5136)  
**Die Gewerkekammer.**

**Konzerthaus**  
**Zauberflöte.**  
Täglich Konzert.  
**Tiroler**  
Musik- u. Gesangs-Truppe  
**D'Herbstzeitlosen**  
5 Damen, 5 Herren  
(2 Zwerge).  
— Anfang 7 1/2 Uhr. —  
Sonntags Anfang 4 Uhr.  
5096) **Ludwig Kock.**

**Stadthallen-Sommertheater.**  
Sonnabend, den 27. Juni  
abends 8 1/4 Uhr:  
Auf vielfachen Wunsch:  
**Wenn der Frühling kommt.**  
Operette von Jean Gilbert.  
Sonntag, den 28. Juni,  
abends 8 1/4 Uhr:  
Auftreten von Direkt. Vict. Horwitz.  
**Der Zigeunerbaron.**  
Operette von Joh. Strauß.  
Montag, den 29. Juni,  
abends 8 1/4 Uhr:

**Die Schule der Welt.**  
Lustspiel v. Friedrich dem Großen.  
Dienstag, den 30. Juni,  
abends 8 1/4 Uhr:  
Wiederholung des erfolgreichen  
Schwantes  
**Müllers.**  
Von Friedmann-Frederich.  
Vorverkauf zu allen Vorstellungen:  
Zigarettenhandlung **Otto Borchert.**  
Musikalienhandlg. **F. W. Kaibel.**  
**Rudolph Ruckstadt.**  
Dutzendkarten haben zu allen Vor-  
stellungen Gültigkeit. (5114)

**Hansa-Theater**  
Direktion Ernst Albert.  
Heute Sonnabend, den 27. Juni:  
**Der Juxbaron.**  
Sonntag, den 28. Juni:  
Benefiz für den Geldentwer-  
Pool Björnsjöld.  
Die urkomische Gesangsposse  
**Er und seine Schwester.**  
1. Bild: Ein neues Talent  
2. Bild: In der Redaktion der  
„Großen Trompete“. 3. Bild:  
Ein Theaterfanal. 4. Bild:  
Zu Hause.  
Im 1. Bild Gesangseinlagen:  
Balazai. Dänische Volkslieder.  
stretta — Pool Björnsjöld.  
Das verehrte Publikum wird  
darauf aufmerksam gemacht, sich  
im 3. Bild nicht durch die  
Vorgänge im Zuschauerraum  
stören zu lassen.  
Montag keine Vorstellung.  
Dienstag, den 30. Juni:  
**Er und seine Schwester.**  
Lehrtes Gaiispiel von  
Pool Björnsjöld.  
Anfang stets 8 1/4 Uhr. (5124)



## Wandlung in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.

Die evangelischen Arbeitervereine ziehen sich von den christlichen Gewerkschaften zurück und wenden ihre Gunst den gelben Werkver-einen zu. Das ist das Neueste, was aus dem christlich-nationalen Arbeiterlager zu melden ist.

Bekanntlich hat der Kölner Gewerkschaftsprozess im katholischen Lager große Auseinandersetzungen nach sich gezogen. Der entbrannte Streit rief evangelische Arbeitervereine auf den Plan. Sie forderten von den christlichen Gewerkschaftsführern dringende Erklärungen, daß sich die christlichen Gewerkschaften niemals der Autorität der katholischen Kirche unterstellen, daß sie dieser gegenüber ihre volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit wahren werden, und daß in der christlichen Gewerkschaftsbewegung nichts geschehe, was dem evangelischen Bewußtsein zuwiderlaufe. Die christliche Gewerkschaftsführung beantwortete zunächst dieses Verlangen der evangelischen Arbeiterorgane mit Spott und Hohn, aber aus Rücksicht auf die christlich organisierten evangelischen Mitglieder sah man sich schließlich doch veranlaßt, mit den Redaktionen der evangelischen Arbeiterorgane beziehungsweise mit den Führern der evangelischen Arbeitervereine Westdeutschlands Rücksprache zu nehmen. Nicht nur gewerkschaftliche und konfessionelle Interessen drängten zu dieser Aussprache, sondern auch die politische Konstellation in Westdeutschland, die die katholischen Gewerkschaftsführer zwingt, es mit den evangelischen Arbeitervereinen nicht ganz zu verderben. Aber die katholischen Arbeiterführer hüteten sich, die von den evangelischen Arbeiterorganen gewünschte Erklärung öffentlich und autoritativ abzugeben, sie gaben sie heimlich und unverbindlich unter der Hand ab. Die Führung der evangelischen Arbeiter im rheinisch-westfälischen Industriebezirk gab sich mit dieser Haltung der christlichen Gewerkschaftsführung zufrieden; wenigstens hat sie nach außen hin diesen Anschein erweckt. Sie ging gewiß von der Erwägung aus, daß es in dem genannten Industriebezirk nicht zu einem Zwiespalt zwischen den christlichen Gewerkschaften und den evangelischen Arbeitervereinen kommen darf, weil das auf die bekannte Kompromißpolitik des Zentrums mit den Nationalliberalen nicht ohne Einfluß bleiben würde. So verständigte man sich. Die christliche Gewerkschaftsführung gab heimlich unverbindliche Versprechungen, und das Hauptorgan der evangelischen Arbeitervereine, der „Evangelische Arbeiterbote“, erklärte seinerseits, daß er keine Ursache habe, die Wassennbrüderschaft mit den christlichen Gewerkschaften aufzugeben. Daß diese Haltung des „Arbeiterboten“ im evangelischen Arbeitervereinslager auf großen Widerstand stieß, stellte sich bald heraus. Es gibt außerhalb des rheinisch-westfälischen Industriebezirks Gebiete, wo die evangelischen Arbeitervereine an einer zentrumlich-nationalliberalen Kompromißpolitik nicht engagiert sind, wo Zentrum und Nationalliberale noch miteinander heiß um den politischen Besitzstand streiten, oder wo die evangelischen Arbeitervereine mit gelben Werkver-einen eine Personallunion bilden. In diesen Gebieten machten sich Bedenken gegen eine allzu große Freundschaft zwischen christlichen Gewerkschaften und evangelischen Arbeitervereinen geltend, und man war hier auch mit den abgegebenen und oben ange deuteten Erklärungen der katholischen Gewerkschaftsführung nicht einverstanden.

Diese Opposition fand ihren lebhaften Ausdruck auf dem letzten in Saarbrücken abgehaltenen Verbandstag der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands. Der schlesische evangelische Arbeiterverband verlangte eine endgültige Regelung der Stellungnahme der evangelischen Arbeitervereine zu den christlichen Gewerkschaften. Dasselbe wünschten der sächsische und der saarabische Verband. Zur Debatte stand das Ergebnis, das die Verhandlungen der christlichen Gewerkschaftsführer mit den Führern der evangelischen Arbeitervereine im rheinisch-westfälischen Industriebezirk gehabt haben, und das in der folgenden Erklärung der Evangelischen niedergelegt ist:

„Die Unterzeichneten haben aus den Verhandlungen den Eindruck gewonnen, daß die Führer der christlichen Gewerkschaften unerhöhter die Alten bleiben und jede Einmischung einer kirchlichen Autorität in die Gewerkschaften fernhin durchaus ablehnen.“

Die schlesischen und sächsischen Delegierten zweifelten den in der Erklärung hervorgehobenen Satz an, sie gingen von der richtigen Erkenntnis aus, daß sich letzten Endes die christlichen Gewerkschaften der Autorität der katholischen Kirche nicht entziehen können. Dafür verlangten sie die größte Vorsicht gegenüber den christlichen Gewerkschaften; im besten Falle solle man sich zu ihnen neutral verhalten. Daß diese Vorsicht am Platze ist, beweisen die Ausführungen des Vertreters der Zentralleitung der christlichen Gewerkschaften, des Herrn Baltrusch-Köln, der auf dem Verbandstag anwesend war und sich — wie das gelbe Organ „Der Werkverein“ (Nr. 25) mitteilt — überhaupt gegen den oben hervorgehobenen Nachsatz in der Erklärung wandte. Dieser Satz sei geeignet, den Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager wieder erneut ins Rollen zu bringen und den beendeten (?) Kampf in der Frage der Enzyklika wieder anzujagen!!!

Das heißt mit anderen Worten: Die christlichen Gewerkschaften wollen „unabhängig“ sein, „jede kirchliche Autorität ablehnen“, aber heileibe so etwas nicht öffentlich sagen, am allerwenigsten in einer christlichen Erklärung bekunden. Man hat in der christlichen Gewerkschaftsführung Angst vor der eigenen „Unabhängigkeit“ zu reden. Ist das nicht zum Wälzen! Jetzt kann man verstehen, warum die christlichen Gewerkschaftsführer der vielfachen Aufforderung der Presse, den Inhalt der obigen Erklärung doch öffentlich zu akzeptieren, nicht nachkommen. Sie haben Angst, daß ihnen nach einer offiziellen Anerkennung dieser Erklärung die Autorität der katholischen Kirche über den Hals kommt. In dieser kläglichen Haltung der christlichen Gewerkschaftsführer dokumentiert sich ihr unwahrhaftiges Doppelspiel, über das in der Kölner Gewerkschaftsprozess, vorher und nachher, so viel geredet worden ist. Dieses Doppelspiel offenbart sich immer mehr und wird auch von einem Teil der evangelischen Arbeitervereine durchschaut. Daher deren Mahnung an ihre Freunde, den christlichen Gewerkschaften gegenüber die größte Vorsicht walten zu lassen. Als in Saarbrücken einige Delegierte dennoch den Verbandstag erzuhten, eine Entschickung zugunsten der christlichen Gewerkschaften zu fassen, wurde dieser Versuch

von der Mehrheit der Delegierten abgelehnt. Der Delegiertentag wollte von dieser Unterstützung der christlichen Gewerkschaften nichts wissen. Herr Farrer, der bemerkt, daß es „nicht Aufgabe des evangelischen Arbeiterkongresses sein könne, seine Arbeit in einer Werbetätigkeit für die christlichen Gewerkschaften gipfeln zu lassen!“ Das dürfe schon mit Rücksicht auf die gelben Werkvereine nicht geschehen. Während die christlichen Gewerkschaften eine solche Zurückweisung erjuhren, fanden die Ausführungen gelber Redner lebhaft Zustimmung. Mit Recht schreibt das Essener gelbe Organ, daß es sich nicht verkennen läßt, „daß in der Stellungnahme der evangelischen Arbeitervereinsführer zur Gewerkschaftsfrage ein gewisser Wandel zugunsten der wirtschafsfriedlichen Arbeiterbewegung eingetreten ist.“

Da haben die christlichen Gewerkschaften die Versicherung! Sie werden beiseite geschoben; die Gunst der evangelischen Arbeitervereine wendet sich ihren grimmigen Feinden, den Gelben, zu. Und wenn die Kompromißpolitik der Nationalliberalen mit dem Zentrum im Ruhrbezirk es nicht bedingte, lägen sich christliche Gewerkschaften und evangelische Arbeitervereine auch in diesem Bezirk in den Haaren. So aber ist man hier noch auf vorläufige Gegenseitigkeit angewiesen.

Die so offenkundig sich vollzogene Wandlung in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung wird sich mit der Zeit noch mehr bemerkbar machen. Interessant ist nur, daß von diesem auffälligen Vorgang nichts in der christlichen Gewerkschaftspresse zu lesen ist, und daß selbst der genannte „Evangelische Arbeiterbote“ von jenem Teil der Saarbrücker Verhandlungen nichts zu melden weiß, der doch in erster Linie die evangelischen Arbeiter des rheinisch-westfälischen Industriebezirks angeht. Nun, die Ursache dieser Verdunkelungstaktik der evangelischen und der christlichen Arbeiterpresse ist in diesem Artikel genügend angedeutet worden. Warten wir mit Vergnügen die kommenden Dinge ad.

## 9. Deutscher Gewerkschaftskongress.

5. Verhandlungstag.

C. B. München, 26. Juni 1914.

Die Debatte über das Referat Schlichte: Arbeitswilligen und Unternehmerrassismus, sowie über die dazu gestellte bereits veröffentlichte Resolution wird fortgesetzt. Zu einem Antrag Liebmann-Leipzig (Metallarbeiter) erklärt Vorsitzender Leipart: Der Kongress hat es von Anbeginn abgelehnt, die Massenstreikfrage zu erörtern. Dieser Entschluß ist darauf zurückzuführen, daß der Gewerkschaftskongress den Grundsatz der gewerkschaftlichen Praxis aufrecht erhalten wollte, wonach es unzulässig erscheinen müßte, faktische Maßnahmen und unsere Kampfmittel in der notwendigen Abwehr vor aller Öffentlichkeit zu erörtern. (Sehr richtig!) Der auf den Massenstreik bezügliche Satz des Antrages wird darauf zurückgezogen. Den sonstigen Inhalt des Antrages begründet Liebmann: Gegenüber den immer heftiger werdenden Angriffen der Scharmacher auf das Koalitionsrecht ist die Arbeitererschaft verpflichtet, dieses Recht mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen. Das, was der Resolution Schlichte noch fehlt und was unbedeutend in dieser Situation gelagert werden muß, soll durch unseren Antrag ausgesprochen werden. — Schauer-Stettin (Bauarbeiterverband) weist auf den organisierten Terrorismus der Kommunisten Landherren und des konservativen Pommerischen Bauernverbandes hin. — Der letzte Redner ist der Sekretär des Bauarbeiterverbandes in Köln, Genosse Fröhlich, der durch das Urteil der „Richter aus dem Volke“ in dem Landfriedens-

## In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schlatter.

(27. Fortsetzung.)

Rachdruck verboten.

„Ja, das kann man aber doch verstehen.“

„Ich tue es nicht, ich tue es nicht, ich tue es nicht!“

Dagmar sprang auf und ging erregt durchs Zimmer.

Asmussen freute sich; er wollte sie lieber zornig sehen als traurig.

„Eine kranke Frau kann man aber nicht allein lassen!“

„Es braucht nicht alles auf mich zu kommen. Ich habe genug getan. Ich will nicht mehr.“

„Du hast völlig recht. Glaubst Du aber, daß Du auf Deine Schwestern Eindruck machen wirst?“

„Auf diel!“

„Nun also, liebes Kind, dann kommen wir damit doch nicht weiter. Die Forderung Deiner Mutter ist billig. Wenn andere sie nicht erfüllen wollen, müssen wir es eben tun. Deine Mutter soll die Hilfe haben; darauf kommt alles an.“

„Ich gehöre hier ins Haus. Man soll mich endlich in Ruhe lassen.“

„Das tußt Du allerdings; aber ebenso richtig ist es, daß Dei- Mutter auch Deine Mutter ist. Es kann sich ja nur um kurze Wochen handeln. Wenn es dann nicht anders ist, müssen wir auf andere Mittel sinnen. Aber so lange solltest Du es jedenfalls versuchen.“

Dagmar gab keine Antwort.

„Wenn man älter wird, ist es nicht leicht, allein zu sein. Wenn man in Angst und Atemnot ist, ist es noch viel schwerer. Du mußt an Deine Pflicht als Kind und Tochter denken.“

„Wenn Du meinst...“ Dagmar stand abgewendet. Die Antwort kam leise und schamvoll.

„Ich meine es.“

Dagmar lehnte sich um, ging auf ihn zu und küßte ihn.

„Suche die Ruhe auf,“ sagte Asmussen, „ich will es auch tun.“

Sie gab ihm noch einmal die Hand und ging hinaus.

Asmussen ging eine Weile im Zimmer auf und ab. Dann drehte er die Flamme aus und folgte ihr.

\*\*\*

In der alten Fischeergasse war es dunkel. Den weißen Schnee konnte man eben schimmern sehen, sonst sah man die Hand vor den Augen nicht. Es war eine rabenschwarze Nacht.

Dagmar, die seit einigen Tagen zu Hause schlief, stand mit ihrer Mutter im oberen Stiebelzimmer. Im Ofen kni-

terte ein behagliches Feuer. Das Zimmer war hell erleuchtet, das Fenster aber war undurchdringlich verhängt.

Dagmar überflog, was sie geschaffen hatte. Es war alles wohllich und lauber und mit einem festlichen Glanze.

Die Blumen auf dem Tische waren zu ihrer Zufriedenheit ausgefallen. In der einen Ecke stand dunkles Exportbier; die Gläser sollten sich im Zimmer offenbar erwärmen.

Marie und die Schwarze sind fest unterrichtet?“

„Selbstverständlich.“ Frau Engelbrecht wurde eifrig.

Dagmar zog die Uhr.

„Geh zu Bett!“

Frau Engelbrecht bekam einen Anfall von Rührung und küßte sie mit mütterlichem Stolz; dann ging sie.

Dagmar lautete gekannt. Sie zog noch einmal die Uhr.

Es war die Zeit. Ein stiller, heißer Atem der Erwartung ging durch das Zimmer.

Was das ein Knirschen des Schnees? Ein Schloß wurde geöffnet. Im Nu war sie an der Stubentür und horchte.

Ihre Sinne waren bis zum äußersten gespannt. Es kam die Treppe herauf. Ihre Augen glänzten. Die Brust begann zu wogen.

Es war Arel... .

Die kleine Stadt war lebenslustig. Die Reihe der Feste nahm so bald kein Ende, wenn sie erst einmal angefangen hatte. Hinter dem großen Halle des Bürgervereins kam noch ein Ausläufer von kleinen privaten Gesellschaften. Man war nun einmal in die Unsolidität hineingekommen, wie man zu sagen pflegte, nun hatte man auch das Bedürfnis, eine Weile damit fortzufahren.

Carlson und Frau lebten viel für sich. Sie machten immer wieder die Erfahrung, daß das Glück doch am ehesten in ihrer behaglichen Stube zu finden war. In den ersten Jahren hatten sie sich völlig zurückgezogen. Die Mittel waren allzu knapp gewesen. In den letzten Jahren aber waren sie doch aus sich herausgegangen. Carlson, der lustige Gesellschaften gar nicht kannte, hatte eine zu große Freude daran. Die Frau hatte überdies viel Mädchenbekanntschaften, die in dem Städtchen verheiratet waren, zum Teil viel besser, als sie selber. Es war gut, mit ihnen in Berührung zu bleiben, die eigene Stellung wurde gehoben; auch geschäftlich hatten sie Nutzen davon. Carlson ging sonst fast gar nicht aus, weil er allzusehr hinter dem Großen her war. Es war ganz gut, daß er einmal gelüftet wurde. Die kleine Frau hatte noch ihren besonderen Grund.

Carlson war auf dem Lande geboren; er war kleiner Leute Sohn, die Kindheit war sehr arm gewesen. Eine Tier nach den Herrlichkeiten der Welt wurde er nie ganz los, eine Tier mit aufgeregten staunenden Augen. Er kam von un-

ten; das spürte man mitunter. Er selbst gab nicht viel aus; er wollte mehr haben, viel mehr, ehe er mit dem Ausgeben begann. Man mußte Geld haben, viel Geld, wenn man zu den Herrlichkeiten vordringen wollte; das hatte Carlson gut begriffen. In den Gesellschaften aber wurde umsonst aufgetragen, der Grund zur Zurückhaltung fiel weg. Carlsons Augen glänzten, wenn all die guten Sachen auf den Tisch kamen. Es kam vor, daß er sich völlig vergaß und mit dem gierigen Hunger der Armut zugriff. Es war nicht angenehm, denn es wurde belächelt. Frau Carlson aber meinte, daß es schon schwinden würde, wenn er nur häufiger unter Menschen käme. Sie freute sich jedesmal, wenn er einen Familienabend mitmachte. Im besonderen in der Weihnachtszeit kam sie seinem natürlichen Verlangen weit entgegen.

Die Nächte waren noch immer dunkel. Der schwarze Schneehimmel verhängte jeden Stern. Carlson war zu einem Herrenabend gegangen. Es sollte Karten gespielt und Grog getrunken werden. Frau Carlson hatte sich sehr gefreut; die Familie war ihr besonders lieb. Der Mann war Postassistent, ein sehr netter und unterrichteter Mann, von dem Carlson allerlei annehmen konnte. Die Frau war ihre Freundin, sie hatten schon als Kinder viel zusammengehalten. Am wenigsten bewohnten Zugangsweg zum Hafen hatten sie ein Grundstück erstanden, auf dem sie ein kleines gemütliches Häuschen erbaut hatten; es war immer so traulich bei ihnen. Das Geld der Frau war mit dem Häuschen draufgegangen. Ihre Verhältnisse waren nicht glänzender, als daß man gut mit ihnen verkehren konnte. Die beiden Familien waren sich sehr nahe gekommen.

Carlson hatte Pech gehabt, er hatte verloren. Es ging ihm nicht so nahe, weil es bei guten Freunden gewesen war. Er würde ja wieder mit ihnen spielen. Er hatte aber doch mit einer gewissen Erregung zum Grog gegriffen und nicht so wenig getrunken. Die Nachtluft tat ihm wohl, aber dunkel war es; es war nur gut, daß er bald zu Hause war. Er stand eine Weile still; der Grog war nicht ganz ohne Wirkung geblieben. Die Nachtluft kühlte doch sehr. Er dachte daran, den Weg um den Hafen herum zu nehmen, in der Fischeergasse brannte ja nicht eine einzige Laterne. Es war ihm aber doch zu weit. Er gab den Gedanken wieder auf. Die Fischeergasse führte ja geradenwegs zu seiner Ecke hinaus.

Eine verdammte Finsternis, dachte er, als er ein Stück in das Dunkel der alten Gasse hineingekommen war. Von den Häusern sah man fast gar nichts. Es war nur ein Glück, daß man die weiße Straße schimmern sehen konnte. Es war ein unverantwortlicher Zustand bei diesem verfluchten Pflaster. Carlson kam aber doch vorwärts. (Fortsetzung folgt.)



brachprozeß auf die Anklage des vielfach und schwer vorbe-  
trauten Robert Hauptmann zu mehrjähriger Freiheitsstrafe  
verurteilt worden war, und diese Strafe vor kurzem abge-  
lehnt hat: Daß das Unternehmertum uns bekämpft, nehmen  
wir ihm nicht übel, aber wir können verlangen, daß es dabei  
anständige Mittel anwendet. Wir werden die Zeugen in den  
Streitprozeß bewerten! Der Redner erinnert an seinen  
eigenen Prozeß. Gegen solche Urteile, wie es gegen mich er-  
gangen ist, muß die Arbeiterklasse härter als bisher Front  
machen und zwar müßte der Massenstreik die Antwort sein.  
— Leipzig rührt dem Genossen Kröblich die wärmste Sympa-  
thie des ganzen Kongresses aus. — Hans Kroll (Gene-  
ralkommission) erinnert an den Terrorismus behördlicher Orga-  
ne gegen die Arbeiterbewegung, unter denen besonders die  
Steinleier, die vielfach mit den Behörden zu tun haben, zu  
leiden haben. Es ist ein höchst verwerfliches System der herr-  
schenden Klassen, den Arbeitern die größten Unannehmlichkeiten  
und Verräter an ihrer Klasse als die vorzüglichsten Menschen  
hinzustellen. Zum Glück hat die deutsche Arbeiterklasse einen  
solchen Krebs von ständiger Kraft, daß sie sich niemals das  
Gesicht einimpfen lassen wird, der größte Kampf ist der größte  
Tugendbold. — Ein Schlußantrag wird angenommen. — In  
seinem Schlußwort betont Schlichte, daß gegenüber der Agita-  
tion und Hege des Unternehmertums über angeleglichen Ter-  
rorismus der Gewerkschaften, diese ihrerseits jede Gelegenheit  
benutzen müßten, um den Nachweis zu führen, daß gerade diese  
Agitation der Unternehmer nichts weiter ist, als eine ge-  
wissenlose Hege. Der Antrag Liebmann ist in meinem An-  
trage gewissermaßen mit enthalten. — Darauf wird der An-  
trag Liebmann abgelehnt und die Resolution Schlichte einstim-  
mig angenommen.

Es folgt die Abstimmung über Abschnitt B des Regula-  
tivs wegen Erledigung von Grenzstreitigkeiten, zu dem zahl-  
reiche Anträge vorliegen. — Der Zusatzantrag des Fabrik-  
arbeiterverbandes, der unter Umständen die Zulassung ge-  
sunder Arbeiter in die für sie zuständigen Verbände der un-  
gelernten Arbeiter fordert, wird mit 367 Stimmen gegen 74  
Stimmen mit nur 310 000 Mitgliedern, also mit überwie-  
gender Mehrheit, abgelehnt.

Die Metallarbeiter beantragen eine Fassung, durch die  
die Möglichkeit einer Beschwerde innerhalb eines Monats  
nach Zustellung des Schiedsprüchs geboten wird für den  
Fall, daß der Beweis erbracht werden kann, daß gegen beste-  
hende gewerkschaftliche Grundzüge verstoßen ist und auch sonst  
Fehler im Verfahren vorgekommen sind. — Hierüber wird  
nachmals Debate eröffnet. — Schlichte - Stuttgart: Schon  
in der Vorhandlungsbereitschaft habe ich auf die Notwendigkeit,  
eine weitere Fassung zu schaffen, hingewiesen, sobald wir das  
Schiedsgericht zu zwingenden Recht machen. Ein Schieds-  
gericht kann auch beim besten Willen in die Entscheidung  
gewissermaßen übersehen, es ist auch nicht auszu-  
schließen, daß die Fassung der Verhandlungen einmal zu  
wunden nötig ist. Da nun die Möglichkeit der Revision  
gegeben ist. Wir schlagen deshalb vor, den Parteien die  
Möglichkeit zu geben, eine Revision des Urteils durch die  
Vorstände der Parteien herbeizuführen. Die Parteien wird  
sich nur mit der Revision des Verfahrens zu beschäftigen  
haben. — Leipzig-Berlin: Hier gegen solche Urteile darf  
eine Beschwerde für zulässig gehalten werden, die nicht mit  
Terrorismusbekämpfung gefüllt werden. Umbrreit: Ich  
bin gegen die Einführung der Revision, weil durch sie die  
Neutralität der Schiedsgerichte gefährdet wird. Ich bitte, die  
Metallarbeiter entgegen, in ihrem Interesse den Vorschlag,  
der sich auf die Fassung des Verfahrens bezieht, zu streichen.  
— Leipzig: Die Annahme des Kommissars der Metallarbeit-  
er ist die gegenseitigen Schwächen wünschenswert, um den  
Fehlern in den Organisationen zu beseitigen. — Berlin-Berlin  
Forderungen: Ich bin für den Antrag Schlichte ein, der die Ein-  
gelenkigkeit bringt. — Ein Schlußantrag wird angenommen. — Die  
von Leipzig-Berlin vorgeschlagene Fassung, ob in Zu-  
kunft Schiedsgerichte zur Entscheidung von Grenzstreitig-  
keiten eingesetzt werden sollen, wird mit großer Mehrheit  
gegen die Stimmen der Fabrikarbeiter abgelehnt.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag 22,  
ab gegen Schiedsprüch die Verurteilung an die  
Vorhandlungsbereitschaft, d. h. die tatsächliche Nachprüfung  
des Schiedsprüchs in jedem Umfange gestattet werden soll.  
Der Antrag wird mit 370 Stimmen gegen 65 Stimmen ab-  
gelehnt und sodann in einfacher Abstimmung der Antrag  
Schlichte mit großer Mehrheit angenommen.

Einige Anträge, die wünschen, daß der Kongreß sich im  
Sinne der Betriebsorganisationen ausbreite, werden gegen  
die Stimmen der Fabrik- und Gemeindefabrikarbeiter abgelehnt.  
Ein Antrag der Südbänder auf einheitliche Regelung der  
Arbeitsbedingungen und gleichmäßige Gestaltung der  
Arbeitszeiten wird der Vorhandlungsbereitschaft überwiesen.  
— Darauf wird in der Schlußabstimmung das ganze Regulativ  
für das Zusammenwirken der Gewerkschaften Deutschlands  
gegen die Stimmen der Fabrik- und Gemeindefabrikarbeiter an-  
genommen.

Brög (Fabrikarbeiter) bedauert in einer Erklärung die  
Ablehnung aller Anträge, die der in den kapitalistischen Ent-  
wicklungsstadien liegenden Betriebsorganisation die Wege  
einen sollten, und meint, daß die Einführung des Gewerks-  
chaftskongresses eine Vermehrung der Differenzen und Streitig-  
keiten innerhalb der Gewerkschaften zur Folge haben werde.

Wir werden die bestimmte Erwartung aus, daß die Vor-  
stände der gewerkschaftlichen Arbeiter im Sinne der Erklärung des  
Vorhandlungsbereitschafts handeln, die dahin ging,  
daß diejenigen gewerkschaftlichen Arbeiter den Organisationen der  
ungelernten Arbeiter überlassen werden sollen, die zur Stär-  
kung der Kampfkraft dieser Organisationen wesentlich bei-  
tragen. Die Bildung der Zwangsschiedsgerichte erschwert das  
gewerkschaftliche Zusammenwirken außerordentlich. Die  
Unternehmen können deshalb nachdrücklich die Verant-  
wortung für alle Folgen dieser Schritte ab. — Dieser mit  
Unruhe aufgenommenen Erklärung schließt sich für die Ge-  
meindefabrikarbeiter Gedman an. — Vorländer Leipzig  
erwidert ihnen, daß die Mehrheit des Kongresses die Be-  
schlüsse nach ständiger Überlegung und in der besten Über-  
zeugung gefaßt hat. Damit dem Wille der gesamten Gewerks-  
chaftsbewegung zu dienen. (Lebhafter Beifall.) — Damit ist  
die Beratung des Regulativs erledigt.

Nach der Mittagspause referiert Genosse A. Neumann  
vom Fabrikarbeiterverband über die Verhaltungen des  
Bundes der deutschen Arbeiterbewegung. Er  
bezieht zunächst die Organisation des öffentlichen Arbeits-  
nachweises, dessen 10 Arbeitsnachweisverbände mit den ihnen  
angehörigen 23 Arbeitsnachweisen von Dr. Freund als  
die geistlichen Träger der deutschen Arbeitsnachweisorgani-  
sation vorgeschlagen werden! Darunter sind Arbeitsnach-  
weise, die nicht nur in der Lage sind, zu arbeiten, deren  
Bestehen nicht mit Parität verwehrt werden darf.  
Seitens der Arbeiter wurden den öffentlichen Nachweisen ein  
zeitweiliges Bestehen entgegengebracht, das aber auf der  
Gegenseite mit unzureichendem Mitarbeiter erwidert wurde.  
In ihnen herrscht vielfach ein arbeiter- und gewerkschafts-  
feindlicher Geist, wie ich a. a. bei den Arbeitsnachweiskämpfen  
der Hamburger Holzarbeiter im Jahre 1911 gezeigt hat. Der  
Kongreß des Arbeitsnachweisverbandes, Landarbeiter Dr.  
Neumann-Hamburg, hat es verstanden, sich den lebhaften  
Tadel der Sozialdemokratie zu erziehen. Heute wissen wir, daß  
die Hege gegen die paritätischen Nachweise von dem angeblich  
unparteiischen Verbande deutscher Arbeiterbewegung im

Arm mit den preussischen Ministern des Innern und für  
Handel und Gewerbe geführt wird. Auch die praktische Ver-  
mittlungstätigkeit der öffentlichen Nachweise ist nicht ge-  
eignet, das Vertrauen der Arbeiter zu ihnen zu erhöhen.  
Trotzdem wollen wir weiterhin an der Ausgestaltung der  
öffentlichen Arbeitsnachweise mitarbeiten, natürlich unter ge-  
wissen Kategorien dafür, daß dabei die Interessen der Arbeiter-  
klasse und ihrer Organisationen nicht geschädigt werden. Soll  
der Arbeitsnachweis nach dem Willen der Unternehmer ein  
Kampfbühnen sein, dann wird auch die Arbeiterbewegung kämpfen  
müssen. (Sehr wahr!) Wir sind keine Gegner der ge-  
setzlichen Arbeitsvermittlung, müssen aber vor allen Dingen  
darauf bestehen, daß alle paritätisch organisierten gemein-  
nützigen Arbeitsnachweise anerkannt und zu gemeinsamen  
Wirken verpflichtet werden, insbesondere müssen die pari-  
tätischen Tarif- oder Facharbeitsnachweise als wertvolle Er-  
zwingung der Arbeiter anerkannt und geschützt werden.  
Allen Gegnern zum Trost berichtet der paritätische Tarif-  
und Facharbeitsnachweis, dem bereits 1691 Tarifgemeinschaften  
mit insgesamt 231 000 Beschäftigten angeschlossen sind.  
Wohl die beste Lösung der Arbeitsnachweisfrage ist in der  
Tarifvereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer  
auf paritätischer Grundlage zu erblicken unter Anerkennung  
der Selbstverwaltung dieser Tarifarbeitsnachweise. Die volle  
Unabhängigkeit der paritätischen Facharbeitsnachweise ist der  
Bureaucratie unangenehm und deshalb soll sie beseitigt wer-  
den. Und die Christlichen und die Christ-Österreichischen Gewerks-  
schaften helfen dabei tüchtig mit. (Hört, hört!) Die Reform-  
mächte des Vorhandlungsbereitschafts des Arbeitsnachweisverbandes Dr.  
Freund schlagen dieselbe Richtung ein. Nun, wenn man aus  
diesem Kampf gedrängt, sind wir bereit, ihn anzunehmen.  
Wir sind dazu gezwungen, wenn die notwendige und nützliche  
öffentliche Arbeitsvermittlung arbeiter- und gewerkschafts-  
feindlich mißbraucht wird. Nun will Dr. Freund die öffent-  
lichen Arbeitsnachweise gesetzlich monopolisieren, ihnen eine  
ähnliche Stellung wie den Handelskammern gestatten. Ein  
lächerliches Reg öffentliches Nachweise soll das Deutsche Reich  
umspannen, in denen aber die staatlichen Behörden allein zu  
bestimmen haben sollen, während daneben höchstens noch die  
Unternehmerarbeitsnachweise usw. geduldet werden sollen.  
Alle möglichen Leute sollen darin vertreten sein, nur die Ar-  
beiter nicht. Das ist die Unparteilichkeit dieser Nachweise.  
Der Arbeitssuchende wird gar nicht gefragt. Wir wollen den  
Ausbau des öffentlichen Nachweises auf paritätischer Grund-  
lage unsere Kräfte widmen, aber wir verlangen auch Aner-  
kennung unserer Mitarbeiter, nicht nur von den Gesetzgebern,  
sondern auch von den Trägern des öffentlichen Arbeitsnach-  
weises. (Lebhafter Beifall.) Der Referent unterbreitet dem Kon-  
greß eine Resolution, in der die Verhaltungen des Verban-  
des deutscher Arbeitsnachweise scharf zurückgewiesen werden  
und erklärt wird, daß der Arbeitsnachweis grundsätzlich den  
Interessenkämpfen zwischen Unternehmern und Arbeitern ent-  
zogen werden müsse. Die Resolution heißt die beste Lösung  
des Arbeitsnachweisproblems in einer gesetzlichen Regelung, die  
alle paritätisch organisierten, gemeinnützigen Arbeitsnach-  
weise anerkennt und zu gemeinsamen Wirken verpflichtet.  
Es weist die Bestimmung der staatlichen Facharbeitsnach-  
weise durch den Verband deutscher Arbeitsnachweise zurück  
und lehnt ebenso die Reformvorläge des Vorhandlungsbereitschafts  
des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, die darauf gerichtet  
sind, in einer öffentlichen Organisation der Arbeits-  
vermittlung den Einfluß der Bureaucratie wie auch der  
Unternehmer zu härten, ab.

In der Diskussion nimmt Voeglich-Berlin (Gewerks-  
schaften) das Wort, der auf die besonders gearteten Verhält-  
nisse in der Arbeitsvermittlung in seinem Verlaufe hinweist  
und betont, daß die Gewerkschaften sich an den paritätischen  
Arbeitsnachweisen beteiligen müssen, weil sonst die Christ-  
Österreichischen, die Christlichen und Christlichen ihre Stellen einneh-  
men würden.

Cohen-Berlin (Metallarbeiter) hält es für besser,  
wenn der Gewerkschaften die gesetzliche Regelung möglichst  
lange vom Hals bleibt. Wenn Müllig, wie er in einem Ar-  
tikel in der „Neuen Zeit“ ausführt, von der gesetzlichen Re-  
gelung der Arbeitsvermittlung eine Eindämmung der gelben  
Gefahr erwartet, so halte ich das für falsch.

Umbrreit: Wir wollen keine gesetzliche Regelung unter  
Preisgabe des Einflusses der organisierten Arbeiter, sondern  
nur im Sinne einer weiteren Entwicklung in sozialer Hin-  
sicht.

Müllig-Hamburg erklärt, daß er zu seiner Überzeu-  
gung dadurch gekommen sei, daß die Richtung der gelben  
Bewegung gefördert werde und daß dadurch die Arbeitsnach-  
weise in verschiedenen Großindustrien von den Unternehmern  
beherricht würden. In absehbarer Zeit kann dieses Arbeits-  
nachweismonopol der Industriellen nicht gebrochen werden.  
Hier muß die politische Bewegung der Arbeiterklassen die ge-  
werkschaftliche ergänzen. Ich stimme der Resolution Neumann  
bei, aber ich habe in der „Neuen Zeit“ nicht über die gesetz-  
liche Regelung der Arbeitsnachweise geschrieben, sondern nur  
darüber, wie wir die gelbe Bewegung bekämpfen können.  
Und das kann nur dadurch geschehen, daß wir das Monopol  
des Unternehmertums auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises  
brechen.

Nach einem Schlußwort des Referenten Neumann  
wird keine Resolution einstimmig angenommen.

Am Schluß der Sitzung werden die Vorschläge für die  
Wahl der Generalkommission, die morgen früh stattfindet,  
kurz besprochen. Leipzig, Umbrreit, Kroll und Calver neh-  
men eine Wahl zur Generalkommission nicht an. Die weite-  
ren Verhandlungen werden auf Sonnabend 9 Uhr vertagt.

### Aus der Partei.

Aus den Organisationen. Der Sozialdemokratische Ver-  
ein für den Wahlkreis Dortmund-Hörde hatte am  
Schlusse des vorigen Geschäftsjahres einen Mitgliederbe-  
stand von 752 männlichen und 1770 weiblichen Mitgliedern.  
Das laufende Geschäftsjahr brachte 3222 Neuaufnahmen,  
denen aber ein Abgang von 2742 Mitgliedern gegenübersteht.  
Der Gewinn beträgt also nur 480. Der Verein hat 72 Fi-  
skalen (Ortsverwaltungen) im Wahlkreise. Die Gesamtein-  
nahmen betragen (inkl. 15 224,63 M. Kassenbestand am  
Schlusse des Vorjahres) 59 508,97 M. Tücher den 912 Mit-  
gliederversammlungen wurden im Laufe des Jahres noch  
127 öffentliche Versammlungen (darunter 25 Frauenver-  
sammlungen) veranstaltet. Flugblätter wurden insgesamt in  
51 000 Exemplaren verbreitet, ferner wurden gratis ver-  
ausgibt an Broschüren, Kalendern, „Neue Zeit“, „Kommu-  
nale Praxis“, Erwarter Programm usw. 65 255 Exemplare.  
— Die Landtagswahlen brachten uns nicht den vollen er-  
hofften Erfolg. Auch die Gemeinderatswahlen brachten  
keine wesentliche Steigerung unserer Macht. Immerhin be-  
sitzen wir in 36 Gemeinden 87 Gemeinderatsmitglieder und in der  
Stadt Dortmund 5 Stadtratsmitglieder. Starke Fluktuation und  
Krisen wirken natürlich ungünstig in jeder Beziehung.

Starke Krisen Handarbeiter Zustände. In dem großen  
Arbeiterdorf Thra bei Danzig war es bis vor einiger Zeit  
nichts Seltenes, daß Gefangene ihre Strafe in Raten ver-  
büßten, über Nacht nach Hause gehen konnten, sich Schnaps  
ins Gefängnis holen durften und andere Ausschweifungen  
genossen. Freilich, nicht allen Polizeigefangenen ging es so  
gut, einige haben auch Prügel bekommen, und der Unter-  
suchungsgefängnisse Mißstände, der wegen eines Einbruches

verhaftet war, wurde mitten in der Nacht zu dem Gefängnis  
Mathesius gebracht, der Mißstände jämmerlich verprügelte.  
Diese Vorkommnisse behandelte die Danziger „Volkswacht“ in  
einer Reihe von Artikeln. Aus dem ersten dieser Artikel rief  
die Behörde zwei Sähe heraus und stellte den verantwortlichen  
Redakteur, Gen. Schröder, unter Anklage. Den An-  
trag des Angeklagten, sämtliche Artikel unter Anklage zu  
stellen, lehnte der Staatsanwalt ab. In den unter Anklage  
gestellten zwei Sähen sollte der Polizeigefangene Mißstände durch  
den Vorwurf, er habe in einer Gerichtsverhandlung die Un-  
wahrheit gesagt, beleidigt worden sein. Mißstände hatte näm-  
lich in einer Gerichtsverhandlung eidlich bestritten. Geschenke  
angenommen zu haben. Tatsächlich hatte aber der Ange-  
klagte einen Brief in den Händen, in welchem Mißstände be-  
stätigte, für eine dienstliche Handlung (Schutz einer Frau)  
3 M erhalten zu haben. Die Strafkammer in Danzig, vor  
der sich am Dienstag der Angeklagte zu verantworten hatte,  
war jedoch der Ansicht, daß Mißstände seine eidliche Aussage nur  
in bezug auf den Gefangenen Mathesius, nicht aber im allge-  
meinen, gemacht habe. Der Staatsanwalt beantragte des-  
halb sechs Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf drei  
Monate Gefängnis. — Wer vermag dieses Urteil zu erklären?  
Unserer Auffassung nach trägt es nicht dazu bei, das Ansehen  
der Justiz und der Polizeibehörden zu fördern. Das letzte  
Wort in dieser Angelegenheit ist noch nicht gesprochen.  
Mißstände ist übrigens seines Dienstes im Polizeigefängnis  
enthoben worden.

Preßprozeß. Wegen Beleidigung der Zeiter Stadtver-  
ordneten wurde der Genosse Bleichschmidt vom Zeiter  
„Volkswacht“ zu 300 M Geldstrafe verurteilt. Im Zeiter  
„Volkswacht“ war kritisiert worden, daß die Stadtverord-  
neten einen jährlichen Zuschuß für ein von einem Fabrikanten  
gestiftetes nationales Jugendheim bewilligten. Die  
Staatsanwaltschaft lehnte ab, Offizialklage zu erheben; die  
Zeiter Stadtväter beschritten dann den Weg der Privatklage  
mit dem oben genannten Erfolg. Gegen das Urteil wird Be-  
rufung eingelegt.

### Gewerkschaftsbewegung.

Vom Schutz der Arbeitswilligen. Vor den Dortmund-  
Gerichten kommen jetzt die Streikflücker vom Transportarbei-  
terstreik im Mai d. J. zur Aburteilung. Die Dortmund-  
Streikflücker ist ja auch seit dem Bergarbeiterstreik sehr be-  
kannt geworden, und sie bewährt sich auch jetzt wieder als  
durchaus zuverlässige Schützerin der Arbeitswilligen. Ein  
Beispiel: Der Arbeiter F. D. hatte am 9. Mai dem arbeits-  
willigen Fuhrmann Hofmann, der einen Sack Kartoffeln  
transportierte und zu seinem Schutze einen Schuhmann zur  
Seite hatte, zugerufen: „Wart, Franzken, wie sieht es weh!“  
Der Anklagevertreter, ein junger Anwalt, beantragte 1 Jahr  
Gefängnis und 60 M Geldstrafe. Das Gericht erkannte „nur“  
auf sechs Wochen Gefängnis und die beantragte Geldstrafe.

Die Konkurrenzklause für Putzfrauen. In der Zeitschrift  
„Der Arbeitsnachweis in Deutschland“ findet sich in Nr. 9  
vom 15. Juni folgende Notiz: „Nach einem uns vorliegenden  
Revers läßt sich eine Münchener Reinigungsanstalt einen  
Revers von ihren für Treppenspuherinnen und sonstige Reini-  
gungsarbeiten angestellten Frauen unterschreiben, nach dem  
sie sich verpflichten müssen, drei Monate nach ihrem Austritt  
aus der Anstalt nicht als Stiegenputzerin oder Putzerin auf  
eigene Rechnung zu arbeiten und für jeden Fall der Zuwider-  
handlung 100 M Verragsstrafe zu zahlen.“ Wie man sieht,  
nimmt die Anwendbarkeit der Konkurrenzklause noch an-  
dauernd zu. Kann man es den Unternehmern verdenken,  
wenn sie dieses becomme Mittel, sich billiges Personal zu er-  
halten, anwenden, wo es nur denkbar erscheint? Jetzt, nach  
dem den Handlungsgehilfen im Falle der Übertretung solcher  
Klauseln sogar Geld- und Haftstrafen drohen, wird dieses  
Mittel noch besser wirken wie früher. Wenn in einem und  
dem anderen Falle solche Klauseln als den guten Sitten  
widerwärtig für ungültig erklärt wird, so genügt das noch  
nicht, um die Schäden aufzuwiegen, die daraus entstehen, daß  
Tausende von Arbeitern und Angestellten in Unkenntnis ihrer  
Rechte auch wirklich unbillige Klauseln für bindend erach-  
ten. Diesen Zuständen kann nur dadurch ein Ende bereitet  
werden, daß die Konkurrenzklause generell für alle Arbeit-  
nehmer verboten wird.

Internationales Sekretariat für die Arbeiter öffentlicher  
Betriebe. Die Arbeiter öffentlicher Betriebe haben ihre seit  
dem Jahr 1907 bestehende internationale Verbindung zweck-  
entsprechend ausgebaut und jetzt ein selbständiges Sekretariat  
geschaffen, sowie die Herausgabe eines regelmäßig erschei-  
nenden Bulletin beschlossen. Zur Kostendeckung werden pro  
Mitglied und Jahr 12 Pfg. erhoben. Bisher wurden die  
Geschäfte vom deutschen Verbandsvorsitzenden nebenamtlich  
bei Stellung erforderlicher Hilfskräfte erledigt. Nunmehr  
hat der frühere Vorsitzende des deutschen Verbandes der Ge-  
meinde- und Staatsarbeiter, Mohs, das Amt als Sekretär  
der Internationale übernommen. Das Bureau befindet sich  
Berlin SW. 17, Vorstraße 66, II Trp.

### Kommunales.

Erweiterung des Berliner Untergrundbahn-Netzes. Die  
Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft hat jetzt die Genehmigung  
erhalten, auf 90 Jahre die Hoch- und Unter-  
grundbahn Gesundbrunnen-Neukölln, die den Nordost-  
Berlins mit dem Süden verbindet, zu betreiben. Nach  
der Genehmigungsurkunde wird die Schnellbahn auf einer  
Strecke von 1,57 Kilometer im Norden als Hochbahn gebaut  
und im Humboldthain zur Tunnelbahn hinabgeführt, deren  
Länge vorläufig auf 7,75 Kilometer bemessen ist. Die In-  
betriebnahme der Bahn muß bis 30. September 1918 erfolgen.  
Die Fahrgehindigkeit darf 50 Kilometer in der Stunde  
nicht überschreiten. Die Festsetzung der Beförderungssprei-  
se steht der Unternehmerin 5 Jahre nach Betriebsveröffnung  
frei; nach dieser Zeit kann der Höchstbetrag der Beför-  
derungssprei durch die Aufsichtsbehörden festgesetzt werden.

Bestimmung des Kommunalrechts und das Ehrenwort  
des Oberbürgermeisters. Zu stürmischen Zusammenstößen  
zwischen der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion  
und der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit kam es am  
Donnerstag abend in Neukölln. Der Magistrat von Neu-  
kölln hatte bei der Aufstellung der Wählerlisten für die  
Kommunalwahlen sich selbst als Wähler und zwar mit einem  
Steuereinkommen von 27 100 Mark eingetragen. Es ist klar,  
daß diese Eintragung des Magistrats als Wähler mit einer so  
hohen Steuerklasse die Wählerklassen erheblich zuungunsten  
der unteren Steuerklassen verschiebt. Die sozialdemokratische  
Fraktion bestritt dem Magistrat die Berechtigung einer sol-  
chen Freistellung der Wählerliste und da der Bezirksaus-  
schuß das Vorgehen des Magistrats gebilligt hatte, beantragte sie  
die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts in dieser  
Frage anzurufen. Genosse G. o. g. begründete den sozial-  
demokratischen Antrag und griff die bürgerliche Mehrheit wie  
den Oberbürgermeister in schärfster Weise an. In Neukölln  
hören die Angriffe auf das Kommunalwahlrecht nicht auf,  
die Furcht, daß die Sozialdemokratie in dieser reinen Arbeit-  
terkämpfe in absehbarer Zeit die Mehrheit erlangen könnte,  
treibt zu immer neuen Angriffen auf das Wahlrecht. Dabei  
werden alle rechtlichen Bedenken beiseite gesteckt und der  
Oberbürgermeister hat sich in den Dienst dieser Treiberei



gegen das Wahlrecht der unteren Klassen gestellt. Gegen ihn speziell führte Genosse Groger aus: Dem Oberbürgermeister Kaiser ging von seiner Magdeburger Tätigkeit der Ruf eines aufrechten Liberalen voraus. Er hat alle auf ihn gesetzten Hoffnungen zunichte gemacht. Als er sich um die Stellung des Oberbürgermeisterpostens von Brandenburg bewarb, verpflichtete er sich auf Ehrenwort, niemals einer Verschlechterung des Wahlrechts zuzustimmen oder eine solche in die Wege zu leiten. (Stürmisches Hört, hört!) Nach seinem Durchfall in Brandenburg bewarb er sich um die Stellung des Oberbürgermeisters in Niddorf (Neufölln). Er ging bei seiner Kandidatur die gleiche ehrenwörtliche Verpflichtung gegen unsere Genossen ein. (Lebhaftes Hört, hört!) Dieses Ehrenwort hat er gebrochen. (Minutenlang Unterbrechungen durch die bürgerlichen Stadtverordneten.) Unter seinem Regiment sind in Neufölln dann alle Attentate auf die Bürgerrechte unternommen worden. Unter seiner Leitung ist Neufölln zu einem Tummelplatz wüster Reaktionen geworden. Ein Mann, der so treulos zu seinem Ehrenwort steht, ist für uns erledigt. (Stürmisches Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Tumult bei den Bürgerlichen.) — Der Vorsitzende, der sich nicht verhandelt machen kann, unterbricht die Sitzung auf 10 Minuten. Nach der Wiedereröffnung der Sitzung erhält Genosse Groger einen Ordnungsruf. Genosse Groger: Der Ordnungsruf ändert an der Sache selbst nichts. Es steht fest, daß nur auf Grund seines Ehrenwortes der jetzige Oberbürgermeister Kaiser bei seiner Wahl in Neufölln unsere Stimmen erhalten hat. Auf diese scharfen Angriffe wühlte der Oberbürgermeister nichts zu erwidern. Er nahm lediglich das Wort, um die bürgerlichen Stadtverordneten zu bitten, ihm zu befehlen, daß er sich nie gegen die der Stadtverordnetenversammlung gegenüber übernommenen Pflichten verzeihen werde. Die Verpflichtungen, die er den Sozialdemokraten gegenüber vor seiner Wahl eingegangen war, erwähnte er mit keinem Wort. Sein bescheidener Wunsch wurde ihm schließlich unter dem Hohnschlachter der Sozialdemokraten auch von einigen bürgerlichen Stadtverordneten erfüllt. Sie, die ein Interesse daran haben, die Sozialdemokratie zu unterdrücken, bestätigten, daß sie mit der Haltung des Oberbürgermeisters zufrieden seien. Mit 29 gegen 29 Stimmen wurde dann der sozialdemokratische Antrag in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Das wird natürlich nicht hindern, daß die Frage selbst vor das Oberverwaltungsgericht gebracht wird, denn es werden sich vermutlich noch mehrere Gemeindeverwaltungen finden, die den genialen Einfall haben, sich selbst in die Wählerliste einzutragen und dadurch das Schlichtergericht zu Ungunsten der unteren Klassen zu verfechten. Wahrscheinlich haben auch die Attentate des Oberbürgermeisters Kaiser noch weitere Folgen; so hilft sich ihm in der Donnerstagssitzung die bürgerliche Mehrheit auch herauszuheulen versucht, hinterher tauchten auch unter den bürgerlichen Stadtverordneten recht erhebliche Bedenken gegen den Oberbürgermeister auf, der, um gewählt zu werden, sein Ehrenwort verpfändet und dann nicht danach handelt.

## Die Arbeitsvermittlung in Tokio.

Von Sen Katayama.  
In Tokio gibt es mehrere Hunderte von Arbeitsnachweiskontoren. Die eine Art hat es schon gegeben unter der feudalen Zeit. Diese beschäftigten sich mit der Vermittlung von Diensthöfen und allerlei Gelegenheitsarbeiten beiderlei Geschlechts. Es gibt sogar Vermittlungsbureaus, die sich mit der Vermittlung von Prostituierten und Konkubinen beschäftigen. Neben diesen alten Einrichtungen sind andere, neue Arbeitsnachweiskontoren entstanden, die den neuen Verhältnissen mehr Rechnung tragen und die, was die Ausbeutung der Arbeiter anbelangt, ganz denen in den westlichen Kulturländern gleichen. Der Arbeiter, der ein solches Bureau benutzt, hat zunächst 25 Pfg. bis 1 Mark an Eingangsgebühr zu zahlen; in einzelnen Fällen sogar bis zu 5 Mark. Die Zahlung gibt ihm das Recht, das Buch zu benutzen, in dem die freien Arbeitsplätze eingeschrieben sind. Wird er vom Vermittler nach einem solchen Platz hingeführt, so erhält er von ihm ein Empfehlungsschreiben für drei Tage. Die Plätze sind aber meist besetzt; denn die in dem Buch eingeschriebenen Besetzungen sind nichts anderes als mehr oder weniger veraltete Zeitungsannoncen. Der arme Arbeiter hat Zeit und Geld umsonst geopfert. Nach einigen Tagen meldet er das Bureau, geht zu einem anderen und wird dort in der gleichen Weise geopfert. Trotzdem finden sich immer wieder neue vom Lande zuziehende Arbeitslose, die in jenen Bureaus ihr Glück versuchen. Diese Schwindeler sind der Vermittler sind hinlänglich bekannt, ohne daß die gut organisierte Polizei irgend etwas dagegen tut.

Die alten Vermittlungsbureaus sind, wie schon erwähnt, Nachweiskontoren für Diensthöfen und Arbeiter und Arbeiterinnen für sonstige persönliche Dienste und allerlei niedrige Beschäftigungen. Sie haben ihr Geschäft nach polizeilichen Vorschriften zu führen. Um eine Arbeitsstelle zu erhalten, muß der Arbeiter eine Sicherheit stellen in Gestalt einer für ihn verantwortlichen Person, mit der der Vermittler den Kontrakt abschließt. Das ist aber nicht so schwer, als es scheint. Der Vermittler findet für jeden, der ihm 2 Yen (4 Mark) bezahlt, die gewünschte Person, die die vorchriftsmäßige Verantwortlichkeit übernimmt. Dieser famos Verantwortliche muß ein Bürger von Tokio sein und auch in der Stadt wohnen. Dieser Bürge bekommt in der Regel 1 Yen, den Rest der Vermittler. Dieser schließt den Vertrag mit dem Dienstherrn für den Arbeiter ab und bekommt nun für diese seine Mühewaltung 10 Prozent von dem sechsmonatigen Lohn. Diese Summe wird von den beiden Vertragschließenden zu gleichen Teilen getragen. Der Lohn für männliche Diensthöfen beträgt zurzeit 7, 5, 4 Yen (etwa 17, 12 bzw. 10 Mk.) pro Monat nebst Kost und Logis. Sonntagsruhe gibt es für die Hausknechte nicht und es ist sehr selten, daß einer im Jahre mehr als zwei oder drei Feiertage erhält. Die tägliche Arbeitszeit ist gänzlich unregelmäßig; jede Stunde des Tages und der Nacht muß er auf den Willen seines Herrn bereit sein. Das Essen ist schlecht. Die Diensthöfen in Privathäusern oder in den kleinen Ladengeschäften in Japan sind der größten Ausbeutung unterworfen. Ihre Beschäftiger sind meist kleine Händler und Handwerker.

Dieser Tage teilte mir ein Vermittler mit, daß sein Bureau täglich von 2—300 Personen besucht werde, im Winter seien es bis zu 400. In der Regel wird der Arbeiter auf 3 Tage Probezeit angenommen; erst dann wird der Kontrakt gemacht und die Gebühr bezahlt. Sehr oft geschieht es aber, daß ein Beschäftigter die zur Probe Angenommenen nach drei Tagen wieder entläßt und so immer wieder von neuem wechselt, weil die Betreffenden angeblich für den Posten nicht eignen. Auf diese Weise spart er die Vermittlungsgebühr, den Arbeiter findet er mit einigen Pfennigen Lohn ab. Durch den Wechsel des Vermittlungsbureaus sind solche Herrschaften in der Lage, ihr Spiel lange fortzuführen. Viele dieser Hausknechte frequentieren die Vermittlungsbureaus ihr ganzes Leben lang. Die armen Teufel arbeiten einige Wochen oder Monate hintereinander, sparen sich einige Yen, gehen dann außer Stellung, ziehen in ein billiges, schmuckloses Logis und geben ihr Geld leichtfertig aus, um dann, wenn der Hunger sich fühlbar macht, wieder die Jagd nach einer Arbeit zu beginnen. Es sind das in der Mehrzahl Leute, die

keinerlei Handwerk erlernt haben, sondern die jede Art Arbeit verrichten. Sie enden in der Regel im Arbeitshaus. Mein Gewährsmann teilte mir mit, daß im Jahre 80—90 000 Personen sein Bureau besuchen; Platz erhielten nur etwas mehr denn 2000. Das in Frage stehende Bureau ist das frequentierteste in Tokio. Eine große Zahl der Inhaber dieser Bureaus sind ehemalige Polizeibeamte oder frühere Detektive, die ihr bißchen Gehehenskenntnis dazu benutzen, die Mafchen der Gesetze zu meiden, die Ausbeutung der Stellensuchenden straflos zu betreiben. Kommt so ein junger Mann vom Lande nach Tokio und in ein solches Bureau, dann wird er aufs freundlichste empfangen. Man gibt ihm Kost und Logis und behält ihn solange, als er Geld hat, ehe man daran geht, ihm einen Arbeitsplatz zu verschaffen. Handelt es sich um ein Mädchen, dann wird es vielleicht in ein Teehaus gebracht oder gar regelrecht verkauft in ein Bordell. Immer und immer wieder liefern die armen Landleute das gewünschte Material für die ausbeuterischen Stellenvermittler.

Die Stadt Tokio hat seit einigen Jahren drei Arbeitsnachweiskontoren eingerichtet, die aber noch keine Bedeutung erlangt haben. Jeder dieser Arbeitsnachweiskontoren ist verbunden mit einem Vogelhäuser, wo die Stellensuchenden für 1 oder 2 Sen (2½ Pfg.) pro Nacht logieren können. Diese Häuser liegen meist vom Zentrum der Stadt und werden von städtischen Beamten geführt.

Sodann sind noch einige besondere Vermittlungsbureaus in Tokio und zwar für Köche, Barbierer, Zunderbäder, Massierer, Maccaronibücker, Badedienner und sogar für Bordellhausdiener. Die nach den öffentlichen Badhäusern vermittelten Männer, die Sanjuke, gelten als die niedrigste Klasse von japanischen Arbeitern. Die zahlreichen Badhäuser, die Tokio besitzt, haben je zwei Abteilungen für Männer und Frauen. Die Sanjuke bedienen in beiden Abteilungen. Der Preis für ein Bad ist 7½ Pfg. und 2½ Pfg. kostet das Abwaschen durch einen Sanjuke, der die Rücken, Schultern und Arme der Frauen ebenso abwascht, wie die der Männer. Die Köche und Barbierer sind etwas höherstehende Gruppen. Die Arbeiter der Industrie, die Metallarbeiter, Tischler usw., haben keine besonderen Arbeitsnachweiskontoren. Sie finden Beschäftigung meist durch Freunde oder Umhänge an den Toren der Häuser. Die Vermittlung durch Inzerate ist ebenfalls viel verbreitet. Man sieht, es fehlt in Japan an allen Gebieten an Organisation. Es wird Zeit, daß die städtischen Arbeitsnachweiskontoren besser ausgebildet werden, damit der Ausbeutung der armen Arbeitlosen durch raffigiertere Stellenvermittler ein Ende gemacht wird.

## Aus dem Gerichtssaal.

Und immer wieder Soldatenmishandlungen. Der Hauptmann Kraft vom 65. Infanterie-Regiment hand vor dem 4. Militärgericht unter der Anklage der Mishandlung Untergeordneter. Das Gericht schloß auf Antrag des Vertreters der Anklage die Öffentlichkeit aus militärdienstlichen Interessen wegen Verletzung der Disziplin aus. Lediglich für die Hauptmann Kraft ins Kreuz getreten, ins Gesicht geschlagen und geknebelt und gepöbelt haben soll. Der Strafanzug des Angeklagten lautete auf zwei Monate Gefängnis, das Urteil auf 6 Wochen Zuchthaus. Derselbe Hauptmann Kraft ist erst vor wenigen Wochen wegen Mishandlung Untergebener zu 12 Tagen Zuchthaus verurteilt worden.

Das Hauptgeschäftsfall in Schöppensied. Der Anwalt, der die Brautjungferin Schöppensied vertritt, fordert für den Ruhm dieses Städtchens. Er scheint es ganz besonders auf die Arbeiterjugend abgesehen zu haben, denn schon ehe sie gemünzt wurde, war er gegen sie zu Felde. Dann wurden die Zusammenkünfte polizeilich überwacht. Als dies alles nichts half, hielt der Bürgermeister den Vorhändlungsbehörden eine mächtige Standrede, warnte vor dem „Gift“ der Sozialdemokratie und verbot unter Strafdrohung die fernere Beteiligung an den Verhandlungen der Arbeiterjugend. Der Erfolg dieser Rede war, daß sich am folgenden Sonntag die doppelt so große Anzahl von Jugendlichen an dem Geschäftsfall beteiligten. Nun erhielt 16 der Teilnehmer Strafbefehle über je 3 u wegen Vergehens gegen die Schulordnung, die den Schülern die Teilnahme an hauswirtschaftlichen Vorführungen“ verbietet. Das Schöffengericht, das sich mit diesen Strafbefehlen zu beschäftigen hatte, kam zu keiner Entscheidung, da es sich herausstellte, daß die Schulordnung noch nicht die Genehmigung der Staatsbehörde erhalten hatte. — Was wird nun der Bürgermeister von Schöppensied anfangen?

Ein gemeingefährlicher Verbandsstufenmarder wurde am Mittwoch von der Nordhäuser Straßammer durch die Verurteilung des Schmiedemaurers Rudolph Wiegand aus Lipprechtsrode zu fünf Jahren Zuchthaus und 1000 Mark Geldstrafe unendlich gemacht. Der Gauner hat seine raffiniert angelegten Betrugsmanöver mit einer gefälligen Unfallsrentenquittung, einem gefälschten Verbandsbuch der Bauarbeiter und mit Hilfe sonstiger Mittel ausgeführt und die Verbandsstufen in Apolda, Döbeln, Pöschau, Frankenhäusen, Blankenburg, Lehrte, Okerwitz, Gernrode, Heringen, Königswinterhausen, Mittenwalde usw., um teils sehr erhebliche Beträge erleichtert. Am tollsten trieb es der Falunke, der es auch besonders auf das Stehlen von Verbandsbüchern abgesehen hatte, in Heringen, wo er dem Verbandskassierer 6 Mk. erschwandelte und durch Einbruch die Verbandskasse mit 200 Mk. und ein Sparbüchlein über 150 Mk. nahm. Im ganzen wurden ihm 34 Betrugs- und 4 Diebstahlsfälle zur Last gelegt. Während er im Gefängnis erst den wilden Mann zu markieren suchte, gab er in der Verhandlung, zu der über 50 Zeugen geladen waren, auf alle an ihn gerichteten Fragen einfach keine Antwort. Das Urteil lautete auf 5 Jahre Zuchthaus, 1500 Mark Geldstrafe evtl. weitere 100 Tage Zuchthaus.

Ein vernünftiges Urteil. Drei Herren, die am 21. August vorigen Jahres auf der Station Rulmbach in Bayern den D-Zug nach Hof bestiegen, mußten sich infolge der Ueberfüllung der Abteile in den Gängen aufhalten. Auch hier fanden viele Leute, und die drei Herren wurden halb und halb in ein Kupee zweiter Klasse hineingehoben. Ein Kontrolleur schrieb die Leute auf, weil sie mit Fahrkarten dritter Klasse in einem Abteil zweiter Klasse gewesen seien. Sie erhielten Strafbefehle, gegen die sie Einspruch erhoben. Das Schöffengericht sprach die drei Herren frei. Der Staatsanwalt legte Berufung ein. Die Strafkammer kam aber wieder zu einer Freisprechung mit der vernünftigen Begründung: Wenn die Bahnverwaltung Fahrkarten verkauft, so soll sie auch genügend Plätze für das Publikum zur Verfügung stellen und nicht mit Strafen vorgehen.

## Aus Nah und Fern.

Die moralische Kohlentante. Die „Rhein.-Westf. Ztg.“ belam nach Bekanntwerden des Urteils über Hilde Wilden moralische Anwandlungen, leistete sich am Montagabend einen Leitartikel über den Fall und forderte, daß Zeitungsvertreter

nach mehr als bisher von Gerichtsverhandlungen ausgeschlossen würden. Es war schon aufgefallen, daß die „Rhein.-Westf. Ztg.“ entgegen ihrer sonstigen Gepflogenheit, über Sensationsprozesse recht ausführlich zu berichten, über den Wildenprozess sehr wenig brachte. Der Duisburger „General-Anzeiger“ läßt nun dieses auffällige Vorkommnis auf, indem er mitteilt, daß die „Rhein.-Westf. Ztg.“ mit dem einzigen Bureau, das von Elberfeld aus Berichte verhandelt, einen Prozess habe und deshalb keinen Bericht bekommen konnte. Deshalb die Moral! Nun ist allerdings aus der moralischen Anwandlung eine arge Blamage für das Essener Blatt geworden.

Ein richtiggehender Prinz zu verkaufen. Kein Kinderhandel! Der Prinz ist bereits 10 Jahre alt. Die Ware wird im „Berliner Tageblatt“ wie folgt offeriert:

Prinz  
aus Jahrhunderte altem Fürstenhaus,  
ohne Schulden,  
10 Jahre alt, sehr solid, Sportsmann,  
wünscht sich zu verheiraten und will  
dann seinem Stande gemäß auftreten.  
Der Prinz, von Damen, auch Witwen,  
mit Vermögen nicht unter zehn  
Millionen erbeten.

Strengste Diskretion wird zugesichert  
und erbeten. Offerten unter B. T. 1588  
an die Expedition dieses Blattes.

Ein jactischer kann sehen, daß es sich um einen richtiggehenden Prinzen handelt. Er stellt keinerlei Bedingungen an das Alter, Aussehen, Religion usw., sondern nur die eine Bedingung ist unerlässlich: zehn Millionen muß sie haben, damit der Prinz, der jetzt mit zerissenem Halsband herumläuft, handesgemäß reichlich leben kann. Weidliche hätten wir etwas über die Moral von der Geißel geschrieben, aber wir lassen es. Seine Durchlaucht muß es besser wissen, dafür ist er Durchlaucht. Da Durchlaucht die bewußten zerissenen Halsbänder nicht trägt, wollen wir für die Weiterverbreitung des Inzerates auch keine Inzerationsgebühren erheben.

Ein Mieseprozess. Das Urteil in dem Prozess gegen den Bankdirektor Ohm von der Halberstädter Bank in Dortmund, dem größten Prozess, der je in deutsches Gericht befristet hat, ist jetzt dem Hauptangeklagten Ohm und seinen Mitangeklagten in der schriftlichen Ausfertigung zugestellt worden. Einige Zahlen mögen den gewaltigen Umfang dieses Prozesses illustrieren. Ueber 3 Jahre hat in diesem Mieseprozess allein die Voruntersuchung gedauert. Dann hat eine Reihe von Vorprozessen, zum Teil gegen Ohm allein, zum Teil gegen Ohm und einige Mitangeklagte stattgefunden, die jedoch nur verhältnismäßig geringe Zeit in Anspruch nahmen. Am 30. Oktober 1911 begann dann der erste größere Prozess gegen Ohm als Haupt- und gegen Bankdirektor Schmidt und den Präsarischen Penner als Mitangeklagte. Hier handelte es sich um die Anklagepunkte, die sich auf Depotunterschlagungen bezogen. Die Verhandlung dauerte bis zum 21. November, also über 3 Wochen. Am 23. November begann ein neuer Ohmprozess, der eine Woche dauerte. Vom 28. April bis zum 22. November 1913, also fast sieben Monate, fand dann der Hauptprozess gegen Ohm statt. Die gleiche Zeit hat die schriftliche Ausfertigung des Urteils in Anspruch genommen, die eigentlich nach dem Wortlaut des Gesetzes in 3 Tagen erfolgen soll. Während das Gericht zur Ausfertigung des Urteils eine so lange Zeit gebrauchte, mußten sich die Verteidiger in 1 Woche die Revisionsbegründung ausgearbeitet und zu den Akten gebracht haben. Die Urteilsausfertigung umfaßt mehr als 1100 Aktenseiten. Sie zerfällt in 16 Teile und stellt als Ganzes einen großen Folianten dar, der acht Pfund wiegt.

Leipzig, die drittgrößte Stadt Deutschlands. Durch Eingemeindung der beiden Vororte, Rodau und Schönefeld, die am 1. Januar 1913 erfolgen soll, wird Leipzig 651 000 Einwohner zählen. Leipzig wird dann nach Berlin und Hamburg die drittgrößte Stadt Deutschlands sein.

Unterbeschlagungen eines Geistlichen. In Wollentburg, dem Sitz des württembergischen Landesbischofs, ist der katholische Komprabänder Gauß nach Hinterlassung von etwa 200 000 Mk. Schulden flüchtig geworden. Er sollte in den nächsten Tagen den Ehenarungsseid leisten, dem er sich jetzt durch die Flucht entzog. Viele kleinen Leute, die zu dem geistlichen Gewand Vertrauen hatten, sind schwer geschädigt. Von einer Frau erhielt der Geistliche noch in den letzten Tagen 10 000 Mk. für kirchliche Zwecke.

Tödlicher Unfall. Donnerstag nachmittag geriet das Automobil des praktischen Arztes Hilbrenner aus Borgsdorf zwischen Gartrop und Lüstringen in das Gleis des in der Nähe liegenden Kalkwerkes. Der Kraftwagen stürzte um und Hilbrenner kam unter den Wagen zu liegen. Er wurde getötet. Das Automobil wurde stark beschädigt.

Eine Stadt in Flammen. In der Fabrik der Carl Leichter Company in Salem (Massachusetts) brach Donnerstag Feuer aus, das sich schnell über ein 40 Acker großes Areal des Lederfabrikationsdistrikts ausbreitete. Der Brand schien zunächst ohne Bedeutung zu sein. Die Flamme sprangen jedoch, durch den scharfen Nordwestwind angefaßt, auf andere Gebäude über, so daß abends das gesamte Fabrikviertel in Flammen stand. Die Feuerwehrgesellschaft war machtlos; sie löste durch Sprengung ganzer Häuserblocks die Brandzone einzuengen. Am Mittelnacht waren über tausend Gebäude zerstört und ein Schaden von hundert Millionen Mark angerichtet. Die Elektrizitätswerke sind niedergebrannt und die Stadt ist ohne Beleuchtung. Das Feuer wütet immer noch, doch glaubt man jetzt Herr zu sein. 10 000 Menschen sind obdachlos. In der Masonstraße explodierten die Detonants, zerstörten die Dächer und 13 Häuser; 50 Personen wurden ins Hospital gebracht. Das Waisenhaus und das Hospital ist zerstört worden. Die Insassen wurden in Sicherheit gebracht.

Feuersbrunst. In den Hauptlagerhäusern des königlichen Docks in Grimsby (England) brach Freitag früh ein großes Feuer aus, durch das sechs Lagerhäuser, die ein Areal von ½ Morgen bedeckten und in denen sich Getreide, Wolle und Eier befanden, vollständig zerstört wurden. Der Schaden wird auf über eine Millionen Mark geschätzt. Am Mittag war das Feuer noch nicht gelöscht.

Schwerer Unglücksfall auf einem englischen Kriegsschiff. An Bord des Minierschiffes „Monarch“ ereignete sich bei Newquai beim Aufwinden einer Barkasse infolge Bruch eines Kettengliedes ein schwerer Unglücksfall, wobei drei Schiffsjungen getötet und drei schwer verletzt wurden.

Schreckensstaten im Irirjan. In St. Maxime (Dep. Var) durchschneit ein plötzlich tobstüchtig gewordener Kranke den Arzt Porret mit einem Rasiermesser die Kehle und einem Gendarmen, der ihn festnehmen wollte, schnitt er die Nase ab. Ein anderer Gendarm schoß den Wahnsinnigen nieder.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.  
Verleger: T. H. Schartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lbed.



## Ferienwanderungen.

**Dienstag, den 7. Juli:**  
Nechter Höhe, Rn. 25 G, Wdh. 35 G  
**Donnerstag, den 9. Juli:**  
Rakeburg - Mülln, 0,70 Mt.  
**9. und 10. Juli:**  
Gadebusch - Schwerin, 3,25 Mt.  
**Sonntag, den 11. Juli:**  
Wardersee, Rn. 1,10 Mt. Wdh. 1,20 Mt.  
**Montag, den 13. Juli:**  
Hohemiller Tannen, 0,10 Mt.  
**Mittwoch, den 15. Juli:**  
Travemünde, 0,30 Mt.  
**Donnerstag, den 23. Juli:**  
Gleichenhof - Neuhade, 0,80 Mt.  
**Dienstag, den 28. Juli:**  
Winnau - Moorgraben, 0,15 Mt.  
**5. bis 7. August:**  
Gänseburger See, 5,00 Mt.  
**Freitag, den 7. August:**  
Wälinger See, 0,10 Mt.

Karten für Schüler und Schülerinnen sind zu haben bei E. Kräger, Schulstraße 12 a, W. Rehn, Mühlentorstraße 89, K. Sahlmann, Beverbestraße 33, O. Wessel, Möstlinger Allee 4a und Dienstags nachmittags 5-7 Uhr Bürgstraße 69.

Schluss des Kartenverkaufs für die einwöchigen Wanderungen 4 Tage, für den 14-tägigen Ausflug 8 Tage und für den 14-tägigen Ausflug 14 Tage.

**Verkauf lebender Bunt vom Boot aus** (5185)  
am Montag, dem 29. Juni vormittags von 8 Uhr ab an der Mühltentorbrücke.

**Komitee und Kommissionsitzungen**

**D. T. V.**

**Vorstands-Sitzung**  
Montag abend 8 Uhr.

Bestlich und unermüdet starb an 6. Dezember unsere liebe

**Else**

geb. Steffens und Frau.

**Louise, geb. Schlüter**

geb. 11. September 1844.

**Karl Schütt u. Angehörige.**

geb. 27. Juni 1914.

**Gesucht junge Mädchen**  
z. Erlernung der Damenkleiderei.

**Frl. Logis zu vermieten.**  
Kleine Gröpelstraße 11, l. r.

**Freundl. möbl. Zimmer**  
zu vermieten.

**Möbliertes Zimmer**  
zu vermieten.

**Möbliertes Zimmer**  
zu vermieten.

**Kleine Wohnung**  
zu vermieten.

**Eine leere Stube**  
zu sofort oder 1. August zu verm.

**zum 1. Oktober eventl. früher eine Wohnung zu vermieten.**

**Geucht v. Franz, z. l. Ort eine 2-Stüb. Wohn. ev. m. Stall od. sonst.**

**Geucht v. 2-Zimmer-Wohnung**  
zum Burgtor (Markt). Angebote mit Preis unter B M an die Exp.



Ein gutes verzinsb. Haus in der Stadt billig zu verkaufen. Näheres in der Expedition dieses Bl. (4783)

**Ein Kinderwagen**  
(Fremdort) auf Gummi billig zu verkaufen. Werderstr. 17-19, v. r.

**Ein Sit- und Liegewagen**  
zu verkaufen. Rüdigerstraße 14, Dörten.

**Beddigrohr-Kinderwagen**  
auf Metall u. Gummi billig zu verkaufen. (5121) Rüdigerstr. 37, v.

**Kinder-Klappwagen**  
auf Gummi billig zu verkaufen. (5116) Rüdigerstraße 13.

**Ein Federbett 20 Mt., kleiner**  
Waidmatt 2,50 Mt. zu verkaufen. (5115) Rüdigerstraße 11, l.

**Ein gut erhaltenes Fahrrad mit**  
Neuland u. ein Vaddelboor zu verkaufen. (5113) Dörtere Dörtere 15.

**Wasserdichte Wäsche und ein**  
Gürtel billig zu verkaufen. (5112) Waidmattstraße 7, l. r.

**Ein Phonograph mit 65 Platten**  
u. ein Roman-Drehn billig zu verk. (5147) Waidmattstraße 31a, l.

**Gehrock-Ruzag, schwarzes Tuch-**  
jackett und ein Zwihsenhang zu verkaufen. (5129) Rüdigerstr. 4, l.

**Al. Keel mit 20 Schubl. 15 Mt.,**  
Kaffeemühle f. Kaffee, Dezimalwaage, 4 m. eif. Gartengerät, 4 gr. Holztafel, billig zu verkaufen. (5125) Waidmattstraße 5, III.

**Neue Tuchschleife, gestricke Jacke,**  
Größe 44, farb. Bluse m. Spachtel, billig zu verkaufen. (5124) Waidmattstraße 31a, part.

**Junge Wolfshündin**  
billig zu verkaufen. (5104) Großer Bauhof 10, II.

**Ein Sag Ferkel zu verkaufen.**  
Johs. Sager, Markring 17, beim Zentral-Geflügelh. (5095)

**Zugänger**  
zu verkaufen. (5101) Waidmattstraße 26.

**Gefunden eine elektrische Nach-**  
lampe. Abzuholen gegen Erstattung der Unkosten. (5114) Schintap, Weinschiffstraße 10.

**Handharmonikaspieler empfiehlt**  
sich für Hochzeiten u. Festlichkeiten. (5115) Waidmattstraße 13.

**Täglicher Sonntagsdienst**  
am 2. Juni von 1 Uhr ab: (5105) Dr. med. Schwarzweiler, Breitestr. 18  
Dr. med. Pauli, Mühlentorbrücke 5.  
Dr. med. Gesch. Rackenbura, Allee 1.

**Wittichs & Co.,** Johannisstr. 1  
Spez.-Abteil. Trauerkleidung

**Alle Sorten**  
**Weine und Spirituosen**  
auch im Kleinverkauf u. Auschank  
empfehlen

**J. Höpner, Beckerg. 66.**

**Schillers Werke**  
3 Bände 4 Mk.  
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,  
Johannisstr. 46.

**Goethes Werke**  
3 Bände 4 Mk.  
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,  
Johannisstraße 46.

**VERLAG VON HACHMEISTER & THAL IN LEIPZIG**  
**Lehrmeister - Bibliothek**  
Preis pro Nummer nur 20 Pfennig!

**Für Bastler! Für Bastler!**

**Physikalisches Experimentierbuch**  
Nr. 213/214 Bd. I Versuche aus der Wärmelehre. Mit 36 Abbildungen. 40 Pfg.  
Nr. 308/309 „ II Versuche aus der Lehre vom Licht. Mit 38 Abbildungen. 40 Pfg.  
Nr. 328/329 „ III Versuche aus der Mechanik. Mit 62 Abbildungen. 40 Pfg.  
Nr. 235/236 „ IV Reibungs- u. Elektricität. 29 Abb. 40 Pfg.  
Nr. 161/162 „ V Stromquellen für elektr. Versuche. Mit 64 Abbildungen. 40 Pfg.  
Nr. 197 „ VI Magnetismus u. Elektromagnetismus. Mit 68 Abbildungen. 40 Pfg.  
Nr. 183/186 „ VII Versuche über Induktion. Mit 74 Abbildungen. 40 Pfg.  
Diese Experimentierbücher sind außerordentlich lehrreich, enthalten wertvolle Anleitungen.

Nr. 107 • Arbeiten aus Seiden und Krepppapier Mit 13 Abbild. 20 Pfg.  
Nr. 73 • Arbeiten aus Seidenresten. Mit 9 Abb. Das Wertlose wertvoll gestalten wird hier gelehrt. 20 Pfg.  
Nr. 215/216 INTARSIA Kurzgef. Anleit. m. Vorlag. Mit 29 Abb. u. 3 Tafeln. 40 Pfg.  
Nr. 158 Musterbuch für Häkelarbeiten mit erklärendem Text Mit 48 Abbildungen. 20 Pfg.

Nr. 12/14 Der Selbstinstallateur elektrischer Hausanlagen / Praktische Anleitung elektrische Hausanlagen, Teleph., Tableaux, Sicherheitsvorrichtung, Glühlampenbeleucht. usw. zuverlässig und ohne Mühe selbst anzulegen. 60 Pfg. Mit 89 Abb., Schaltungs-skizzen u. Vorschlägen. Wie angenehm, wenn man seine Klingeln und die verschiedenartigst. Signalvorricht. selbst anlegen u. nachsehen kann, ohne vom Monteur abhängig zu sein. Elektrische Anlagen sind die schönste Art der Beschäftigung u. des Nebenberws.

**Wie beschäftige ich mein Kind?**  
Nr. 228 I. Teil: Anleitg. z. Anfertigung leichter Papierarbeiten. Mit 92 Abb. 20 Pfg.  
Nr. 307 II. Teil: Kartonarbeiten Mit 66 Abb. 20 Pfg.  
Nr. 275 Heimarbeiten für den Garten. Selbstanfert. allerhd. prakt. Gegenst. Mit 60 Abb. 20 Pfg.  
Nr. 120 Selbstanfertigung e. Elektromotors Mit 37 Abbild. 20 Pfg.

Nr. 217/219 Selbstanfertigung von Kleinmöbeln Mit 185 Abb. u. 2 Tafeln. 60 Pfg.  
Nr. 133 • Tischlerarbeit für den Hausgebrauch Mit 42 Abbild. 20 Pfg.

Nr. 156 Selbstanfertigung eines Segelbootes für Knaben Mit 15 Abb. 20 Pfg.

Nr. 71/72 Schlosserarbeit für den Hausgebrauch I. Das Eisen u. s. Bearbeitung II. Die Schlosser Mit 113 Abb. Preis 40 Pfg.

Nr. 121 Zeichen- und Malkunst Nr. 121 Einführung in das Skizzieren. Mit 12 Zeichnungen. 20 Pfg.  
Nr. 16 Porzellanmalerei Mit 19 Abbild. 20 Pfg.  
Nr. 17 Das Malen auf Stoffen. 29 Abb. 20 Pfg.  
Nr. 53 Anleitg. z. Aquarellmalerei. 20 Pfg.  
Nr. 134 Oel- u. Pastellmalerei. 20 Pfg.

Nr. 184 Streichen und Tapezieren v. Zimmern 20 Pfg.

Nr. 51/52 Leitfaden der Photographie Mit 26 Abbild. Preis 40 Pfg.  
Nr. 207 Fehler beim Photographieren Winke z. deren Vermeidung! Mit 15 Abbild. 20 Pfg.

**Alle hier angezeigten Bände der Lehrmeister-Bibliothek sind zu beziehen durch:**  
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Zu allen in seinem Fache vor- kommenden Arbeiten empfiehlt sich  
**E. Feig, Schneidermeister.**  
Lübeck, Engelsgrube 57. (5077)

**Täglich frische Erdbeeren**  
Pfund 30 Pfg.  
5127) Vorbeckstraße 2

**Billig! Billig!**  
**Schuhwaren!**

Herrenstiefel . . . . von 6,50 an  
Damenstiefel . . . . von 5,50 an  
Damen-Halbschube . . von 4,00 an  
Jünger-Stiefel, 36-40, von 5,50 an  
Kinderstiefel, 27-30, von 4,00 an  
Kinderstiefel, 31-35, von 4,50 an  
Starke Arbeitstiefel in Zug-,  
Schnür- und Schnallenstiefel.

**Partiewarenhaus**  
5118) Pfaffenstr. 15.

**Photo-Apparate**  
**Julius Krause,**  
Fleischhauerstraße 5. (4907)

**Carl Folkers**  
**Möbelmagazin**  
25 Marlesgrube 25.

**Vollst. Wohnungseinrichtungen.**  
Selbstgefertigte Arbeiten.  
Größte Auswahl.  
40) Billigste Preise.  
Weitgehendste Garantie.

**Zimmereinricht. stets vorrätig.**  
Lieferung frei Haus  
auf eigenem Möbelwagen.  
: Teilzahlung gestattet :  
Bei Barzahlung Rabatt.  
Gabe rote Lubeca-Rabattmarken.

**Die besten**  
**Zahn 180**

mit echten Platinstiften  
in geeigneten Fällen  
5134) Diadozix.  
**Ganz. Gebiß, 28 Zähne**  
50 Mk.

**Wenden** Sie sich ver-  
trauensvoll nach  
meinem Atelier!  
**300 Mt.**  
**Belohnung**  
demjenigen der mir nachweist  
daß ich höhere Preise als  
1,80 Mt. pro Zahn mit Kautschuk-  
schutzplatte fordere.  
Umarbeitung nichtig. Gebisse,  
Blombienungen,  
Zähne ohne Gummienplatte,  
Zahnziehen mit örtlicher  
1 Mt. Betäubung 1 Mt.

**Zahn-Praxis**  
**Ernst Haus**  
Lübeck  
Mühlenstraße 1-3, l.  
Sprechz. 1/2-12 u. 2-8 Uhr.

**Johs. Tollgreve** gold-  
schmied  
Königstraße 92. 4899  
Gold-, Silber-, versilb. Waren,  
Hochzeits-, Tauf-,  
Gelegenheits-Geschenke,  
Trauringe.  
Reparaturen schnell u. billig.  
Rote Rabattmarken oder 4 Proz. bar.

**Garnitur** modern Nr. 85, Vertico,  
reich geschm. 55 Mt.,  
gr. Trumeau 35 Mt., Auszugstisch  
18 Mt., Buffet 125 Mt., Schreibtisch  
65 Mt., Sofa 43 Mt., Schlafz. hell  
138 Mt., Lederstühle, 1 Sofa, 2 gr.  
Sessel, 4 Stühle 135 Mt. Filiale  
Wahmstr. 83, Pänder vertreten.